Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

AKTIVITÄT DISZIPLIN EINIGKEIT

Gegen Hitlerbarone

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter [illegible] Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr [illegible] Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprecher Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postscheckkonto: Breslau 5852. Bank für Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang — Freitag, den 12. August 1932 — Nr. 188

Regierungsfrage in der Schwebe

Die Verhandlungen bisher ohne Ergebnis — Zentrum gegen Papen, für volle Verantwortung der Nazis und Garantie der Verfassung Hindenburg will weiter ein Präsidialkabinett — Hindenburgs Stellung zu Hitler noch unentschieden

Der „Kuhhandel" um die Reichsregierung wurde am Donnerstag munter fortgesetzt. Ein Ergebnis wurde bisher nicht erzielt und wenn man den in erster Linie an dem „Handel" beteiligten Gruppen und Grüppchen Glauben schenken darf, so haben sich die Frontstellungen in den letzten 24 Stunden nicht geändert, sondern eher versteift.

Die Nationalsozialisten erklären nach wie vor, daß es für sie nur zweierlei gibt: Entweder Hitler als Reichskanzler oder Kampf. Die Herren um Papen bleiben dagegen dabei, daß der Charakter der von ihnen gebildeten Regierung nicht geändert werden darf, während der Reichspräsident zwar gegen die Qualifikation von Hitler als Reichskanzler starke Bedenken hat, aber sich vorläufig noch keineswegs endgültig gegen ihn entschieden haben soll. Jedenfalls wird eine am Donnerstag von der Regierung veröffentlichte Erklärung, nach der von Hindenburg an der Linie, nach der das gegenwärtige Kabinett gebildet ist, festhält und eine vom Parlament unabhängige Regierung erstrebt, offiziös dahin ausgelegt, daß damit **keineswegs eine Entscheidung gegen die Reichskanzlerschaft Hitlers** gefällt ist.

Am Donnerstag nachmittag hatte der Reichskanzler eine Unterredung mit den Reichstagsabgeordneten des Zentrums Joos und Bolz. Die Zentrumsvertreter ließen in dieser Besprechung keinen Zweifel darüber, daß sie gegen die Weiterexistenz der Regierung Papen sind und die klare Verantwortlichkeit der Rechtsparteien auf verfassungsmäßigem Wege fordern. Damit ist nicht gesagt, daß das Zentrum eine Reichskanzlerschaft Hitlers wünscht. Aber es wird sich unseres Wissens mit Hitler als Reichskanzler abfinden, wenn von nationalsozialistischer Seite hinsichtlich des Kurses und insbesondere hinsichtlich der Verfassung bindende Erklärungen und Zusicherungen abgegeben werden.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages nahm noch am Donnerstag abend einen Bericht seiner Unterhändler Joos und Bolz entgegen. Ihre Haltung wurde einstimmig gebilligt.

* * *

Die „Germania" teilt über die Unterredung der Zentrumsabgeordneten Joos und Bolz mit dem Reichskanzler folgendes mit:

„Die Zentrumsabgeordneten knüpften in der Darstellung ihrer Auffassung über die gegenwärtige Lage an der Forderung an, die seinerzeit unmittelbar nach der Demission des Kabinetts Brüning Prälat Kaas beim Reichspräsidenten erhoben hat: der sogenannten Total-Lösung, d. h. der vollen Verantwortlichkeit, Einbeziehung der ehemaligen Opposition in die Reichsregierung. Nach Ansicht des Zentrums ergebe sich die Notwendigkeit eines solchen Einbaues in Konsequenz der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen ganz von selbst. Das Zentrum müsse absolute klare Verantwortlichkeit verlangen. Dazu gehört namentlich die offene und volle Mitverantwortung der Nationalsozialisten.

Es sei selbstverständlich, daß dabei die strikte Innehaltung verfassungsmäßiger Wege und Methoden gewährleistet seien und die neue Reichsregierung die loyale Zusammenarbeit mit der Volksvertretung wollen und pflegen müsse. Anderes führe notwendig auf Abwege und zu Experimenten, die mit der Verfassung nicht mehr zu vereinbaren sind.

In solchem Zusammenhang sehe die Zentrumspartei auch die gegen die frühere Preußische Regierung ergriffenen Maßnahmen und müsse es folgerichtig ablehnen, nachträglich auch nur eine indirekte Verantwortung dafür zu übernehmen.

Allein aus dieser Betrachtung ergebe sich bereits die Unmöglichkeit einer Weiterexistenz des gegenwärtigen Reichskabinetts, da ihm Grundlagen, die Voraussetzung zu einer vertrauensvollen, gesicherten und Erfolg versprechenden Arbeit durchaus fehlten.

Die Zentrumspartei werde sich positiv verhalten jeder Lösung gegenüber, die unter Ausschluß jeder Parteidiktatur den beiden Grundgedanken der klaren Verantwortlichkeit und des verfassungsmäßigen Weges entspricht."

Hugenberg ist böse

Die Hugenbergpresse ist über die vom Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums am Donnerstag gefaßte Entschließung zu dem Regierungsproblem einigermaßen erbost. Man sieht in ihr den Versuch, den Einfluß der Deutschnationalen Partei auf die Regierungsgeschäfte auszuschalten oder einzudämmen.

Hugenberg erstrebt unter allen Umständen die Weiterexistenz der Präsidialregierung, denn schließlich ist diese Regierung nichts anderes als ein Kabinett ausehemals deutschnationalen Parteiangehörigen. Ihr Austritt aus dieser Partei ist nur eine formelle Angelegenheit. Im Herzen ist die gegenwärtige Regierung Papen bis auf die Knochen deutschnational und damit reaktionär. Daß Hugenberg, der mit seinen 35 Mandaten im gegenwärtigen Reichstag kaum eine größere Rolle spielen wird und bei einer Rechtskoalition ohne weiteres ausgeschaltet werden kann, den gegenwärtigen Zustand mit der Papen-Regierung aufrecht zu erhalten wünscht, ist schließlich zu verstehen. Es war immer deutschnationale Art, mit dem Volk möglichst wenig zu tun zu haben, aber es so oder so zu regieren.

* * *

Im Laufe des heutigen Tages soll Hitler von Herrn von Papen empfangen werden. Anschließend ist ein Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten geplant. Ueber diese Besprechungen orakelt die regierungsoffizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung" u. a. folgendes:

In Hitlers Hand liegt heute eine wichtige Entscheidung. Er kann sein Einverständnis damit erklären, daß Männer seines Vertrauens wichtige Aemter in einem Präsidialkabinett besetzen. Strasser Vizekanzler und Innenminister in einem durch andere nationalsozialistische Persönlichkeiten ergänzten Kabinett Papen — dann ist die Krise gelöst. Bisher allerdings bietet die nationalsozialistische Presse keinen Anhalt zu der Annahme, daß die Nationalsozialisten ihre offizielle Forderung nach der Uebernahme der Kanzlerschaft durch Hitler preisgeben werden . . ."

Es ist zu hoffen, daß der Reichspräsident einer hemmungslosen Ausdehnung der gegenwärtigen Auseinandersetzungen, die sich sonst bis Ende August fortzuspinnen drohen, ein Ziel setzt.

Trotz der Hoffnung, daß der Reichspräsident ein Machtwort spricht und sich für die deutschnationale „Präsidialregierung", hinter der im besten Falle 35 deutschnationale Abgeordnete stehen, ausspricht, ist mit einer Klärung des Regierungsproblems für heute kaum noch zu rechnen. Der „Kuhhandel" geht voraussichtlich auch morgen noch weiter und wird vielleicht sogar erst in der nächsten Woche mit einem Fiasko Hugenbergs abgeschlossen werden.

Zentrum beginnt Verhandlungen in Preußen

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags hat die Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu einer Besprechung über die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten eingeladen. Die Besprechung findet voraussichtlich am Montag statt.

Was die „Bayrische Volkspartei" fordert

München, 11. August. (Eig. Drahtbericht.)

Ueber die nächsten Aufgaben der Bayerischen Volkspartei im neuen Reichstag schreibt der Parteivorsitzende Staatsrat Schäffer:

„Die Bayerische Volkspartei wird dafür eintreten, daß alle Staatsexperimente unterbleiben, nachdem das Wahlergebnis alle Diktaturpläne, wie sie der Name Hitler darstellt, abgelehnt und sich für eine ruhige gesetzliche Entwicklung in Deutschland ausgesprochen hat. Eine offene Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten lehnt sie nicht ab, verlangt aber, daß kein Schritt getan wird, der nach faschistischen Experimenten aussieht. Soll nicht der Bolschewismus in Deutschland gedeihen, so muß der Rechtsgedanke und der Glaube an den Rechtsstaat unerschüttert bleiben. Von diesem Gesichtspunkt aus wird die Bayerische Volkspartei in erster Linie dafür eintreten, daß alles, was Gesetz und Recht, Sicherheit und Ordnung im Lande gefährdet, mit gleicher unerbittlicher Strenge unterdrückt wird. Sei es nun von seiten der Rechtsradikalen oder von seiten der Linksradikalen. Im Vertrauen auf das Wort, das der Reichspräsident dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei gegeben hat, er werde nie eine Reichsreform auf dem Wege über den Artikel 48 machen, fordert die Bayerische Volkspartei, daß das alte Verhältnis zwischen Reich und Ländern, das durch die Reichsexekutive gegen Preußen erschüttert wurde, wiederhergestellt wird. Als ihr Hauptziel sieht sie aber an, die politischen Machtkämpfe in Deutschland überhaupt zu beenden und an das Sanierungswerk der Finanzen zu gehen. Den Gemeinden und öffentlichen Gemeinwesen muß endlich das gegeben werden, was zum Kampf gegen den Hunger notwendig ist. Damit der Reichstag diese Aufgabe erfüllen kann, muß auch der Reichsrat wieder arbeitsfähig gemacht und dazu der preußische Zustand beseitigt werden. Aus der Erkenntnis, daß die Bajonette alles schaffen können, nur kein Geld und kein Brot, muß die gesetzgebende Gewalt in all ihren Teilen wieder arbeitsfähig gemacht werden. Um dies zu erreichen, darf kein Volksteil, der willig ist, von der Mitarbeit und Mitverantwortung ausgeschlossen werden oder sich selbst ausschließen."

Was Gayl für Verfassungswünsche hat

Die Verfassungsfeier der Reichsregierung — Sonderbare Festrede Gayls — Kein Hoch auf die Republik

Die Reichsregierung veranstaltete am Donnerstag im Reichstag eine Verfassungsfeier, an der neben dem Reichspräsidenten die Minister der „Präsidialregierung", das Diplomatische Korps, die Spitzen der Behörden und zahlreiche Organisationsvertreter teilnahmen.

Die Ausschmückung des Reichstages war gegen die früheren Verfassungsfeiern nicht unwesentlich verändert. Die Einleitungsformel der Reichsverfassung, die sonst zu beiden Seiten des großen Reichsadlers an der Stirnwand zu sehen war, fehlte diesmal. Dafür war in der linken Saalecke eine große schwarz-weiß-rote Fahne, allerdings mit der Gösch angebracht, während in früheren Jahren diese Flagge nur draußen auf dem Platz der Republik wegen der Reichswehrparade neben der schwarz-rot-goldenen Fahne wehte. Selbstverständlich war die Flagge der Republik in gleicher Größe in der anderen Saalecke zu sehen.

Die Festrede hielt der gegenwärtige Verfassungsminister Freiherr von Gayl. Er wies einleitend daraufhin, daß alle Versuche, den Verfassungstag zu einem gemeinsamen, volkstümlichen Feiertag zu gestalten, bisher fehlgeschlagen seien. Warum und daß die maßlose Hetze der „aufbauwilligen Kräfte" dazu beigetragen hat, verschwieg Herr von Gayl. Immerhin stellte er fest, daß der Tag, an dem sich unser Volk die heute geltende Form seines staatlichen Lebens gab, ein geschichtlicher Gedenktag sei und bleibe. Der Reichsinnenminister fuhr dann fort:

„Unser Volk ist in unseren Tagen in zwei Lager zerspalten, zwischen denen ein erbitterter Kampf um die Macht im Staate tobt. Jedes Lager nennt das andere Volksverderber und Staatsfeind und bekennt sich zu dem Streitruf „Wer nicht für mich ist, ist wider den Staat". So sollten die Dinge nicht sein. Was in unserem Volk heute ausgefochten wird, das ist ein Kampf der Weltanschauungen, der ein Ringen der Geister und nicht eine handgreifliche Auseinandersetzung sein soll. Wir tun gut, auch den weltanschaulichen und politischen Gegner bis zum Beweise des Gegenteils als einen ehrlichen Volksgenossen zu betrachten, der auf seine Weise und nach seiner Ueberzeugung das Beste unseres Volkes will. Bewußt ausgeschlossen sei dagegen jeder, der einen nationalen deutschen Staat grundsätzlich verleugnet und bekämpft.

Man mag in den Einzelheiten der Weimarer Verfassung sehen, wie man will. Sie ist heute der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer weltanschaulichen und politischen Meinung stehen müssen, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen.

Auf diesem Grund müssen wir uns finden und handeln, denn wir haben keinen anderen, von dem aus wir den Vormarsch zu einem neuen staatlichen Leben überhaupt antreten können. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Weimarer Verfassung etwas Unabänderliches wäre. Bereits in meiner Antrittsrede vor dem Reichsrat habe ich mir erlaubt zu sagen, daß eine Verfassung kein starres Idol ist, daß Verfassungen dem Wandel unterworfen und daher abänderungsbedürftig sind, wenn sie Mängel zeigen, die im Interesse der Entwicklung eines Volkes abgeändert werden müssen.

Rückblickend auf die dreizehn Jahre des Bestehens unserer Verfassung müssen wir bekennen, daß sie abänderungsbedürftig ist. **Es war ein Verdienst der verfassunggebenden Nationalversammlung, aber auch Preußens, Bayerns und aller anderen deutschen Länder, daß 1919 in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem allgemeinen Zusammenbruch überhaupt eine Verfassung zustandekam, welche die Reichseinheit gewährleistete und für längere Zeit eine Grundlage staatlichen Lebens schuf, auf der auch tatsächlich sehr schwere Zeiten überwunden werden konnten.** Es ist nicht Schuld der Verfassung allein, daß sich in Deutschland im Rahmen ihrer parlamentarisch-demokratischen Grundsätze eine Herrschaft der politischen Parteien entwickelte, bei der Legislative, Kontrolle und Exekutive immer mehr verschmolzen, die ein Kommen und Geben der Regierungen mit sich brachte, die eine stetige, auf den Wiederaufbau gerichtete Regierungsarbeit hemmte und nahezu unmöglich machte und die schließlich dazu zwang, sogar Maßnahmen des wirtschaftlichen Lebens und der Finanzgebarung mit der ultima ratio des Artikels 48 zu regeln und damit

tatsächlich einen Teil der Verfassung selbst außer Kraft

zu setzen.

Die Zustände aber, unter denen wir heute zu leben gezwungen sind, dürften ein schlagender Beweis sein, daß die Verfassung abänderungsbedürftig ist. Unser Volk kann sich auf die Dauer der Notwendigkeit einer Verfassungsreform, ja einer Reichsreform nicht entziehen. Je frühzeitiger und energischer diese Aufgabe angepackt wird, desto besser ist es für uns. Im Rahmen dieser Ansprache können nur einige kurze Hinweise auf das gegeben werden, was vordringlich zu regeln ist. Die Reform hat auszugehen von einer Aenderung des Wahlrechts. In diesem Artikel wurzelt die von weiteren

Kreisen unseres Volkes schwer empfundene Herrschaft der Parteibürokratie. Das Volk will nicht Nummern, sondern Persönlichkeiten wählen und es versteht nicht, daß die Stimmen noch nicht mündiger Volksgenossen gleichgewertet werden den Stimmen der Familienernährer und der Mütter. Zur Reform des Wahlrechts gehört auch die Einschränkung der zahlreichen kleinen Splitterlisten, deren Stimmen in der Regel ausfallen. Dem Wahlrecht sollte die Wahlpflicht entsprechen; Regieren heißt nicht nur die Forderung der Stunde erfüllen, sondern auch ein festes Ziel auf allen Gebieten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens nachhaltig anstreben. Es ist nicht Schuld von Personen allein, sondern der Konstruktion unserer Verfassung, wenn in Deutschland fast alle Ansätze zu Reformen bisher im Parteigetriebe erstickten. Jede zielbewußte Regierungspolitik ist auf die Dauer in Deutschland zum Scheitern an zwei Dingen verurteilt, an der Anonymität der Verantwortung und an dem Fehlen einer Instanz, die unabhängig von Parteieinflüssen, dem Gesamtwohl schädliche Parlamentsbeschlüsse ohne schwerwiegende verfassungsmäßige Reibungen auszugleichen vermag.

Ein im Umbruch aller Werte befindliches Volk, das unter einer furchtbaren äußeren und inneren Not leidet, bedarf einer von den Fesseln formaler Verantwortung mehr wie bisher befreiten, aber persönlich um so stärker verantwortlichen Regierung, die in einer ersten Kammer einen Helfer haben muß, der sie vor den Folgen der oft durch Stimmungen und Wahlrücksichten beeinflußten Parlamentsbeschlüsse schützen und die Stabilität und Folgerichtigkeit der Regierungspolitik zu gewährleisten vermag. Eine Aenderung der Verfassung nach dieser Richtung ist auf die Dauer nicht zu umgehen.

Gayl erklärte zum Schluß, daß zu den schon als notwendig angedeuteten „Reformen" auch noch der „innere Umbau" des Reiches kommen müsse, wobei er von der Beseitigung der Preußenregierung als von etwas Selbstverständlichem ausging. Er schloß mit einem Hinweis auf die „Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk". **Das Wort Republik wurde von ihm peinlichst vermieden.**

Im Anschluß an die Ausführungen des Herrn von Gayl nahm noch der Reichskanzler das Wort. Ebenfalls im Sinne einer Verfassungsänderung. Als sich dann der Reichspräsident mit seinen Begleitern durch das dichte Spalier von Festteilnehmern, die sich in der Kuppelhalle des Reichstags aufgestellt hatten, zum Tor nach dem Platz der Republik begab, ertönten kräftige Freiheit-Rufe, die keinem Anwesenden entgehen konnten. Auch beim Erscheinen des Reichspräsidenten auf der Freitreppe brachte eine starke Gruppe auf dem menschenerfüllten Platz ein kräftiges dreifaches Freiheit auf die Reichsverfassung und die Republik.

So wurde das, was in der offiziellen Feier versäumt worden ist, vom freien Volk auf freiem Grund nachgetragen!

Es ist gewiß niemand darüber erstaunt, daß der 11. August für einen Reichsinnenminister wie Freiherrn von Gayl kein Freudentag, sondern nur ein Gedenktag" ist. Wen wundert es deshalb, wenn er als offizieller Gedenkredner am Donnerstag bei der Verfassungsfeier der Reichsregierung keine Festrede hielt, sondern einen Lehrvortrag, wie nach seiner Auffassung eine deutsche Verfassung aussehen müßte? Aber was er dem Volk über die von ihm gewünschte Verfassung erzählte, hat vorläufig wenig praktische Bedeutung. Die Machtfaktoren sind heute in Deutschland so verteilt, daß den Anschauungen des Herrn von Gayl und seiner Ministerkollegen einstweilen nicht viel mehr als theoretische Bedeutung beizumessen ist.

Im Reichstag hat die Reichsregierung Papen-Gayl nichts hinter sich als Herrn Hugenberg und seine 35 Mannen. Daß der Reichspräsident mit Hilfe des § 48 die Weimarer Verfassung im Sinne des Festredners vom 11. August 1932 umbiegen werde, ist ebenfalls nicht anzunehmen. Nach seinen bisherigen Erklärungen dürfte er auch in Zukunft für Verfassungsänderungen auf dem Verordnungswege nicht zur Verfügung stehen.

Trotzdem wäre es verkehrt, das Machtstreben und den Willen derer um Papen und Gayl zu unterschätzen. Sie wollen zurück zur alten Zeit. Sie wollen eine zweite auf Ernennungen beruhende Kammer, weil ihre Auftraggeber, die Schwerindustriellen und Großagrarier in der ersten Kammer, im Reichstag ohne besonderen Einfluß sind und aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf absehbare Zeit ohne besonderen Einfluß bleiben werden. Darum Aenderung der Verfassung in einem Sinne, der schließlich einer Gruppe eines Volkes einen Einfluß zuschanzen soll, der zu ihrer wirklichen Stärke im Volke in diametralem Gegensatz steht.

Schreckensurteil gegen einen SPD.-Redakteur

Auf die Anzeige eines Denunzianten — Gegenzeugen blieben unbeachtet
29 Reichsbannerleute verurteilt — Gegen die Mörder eines Reichsbannermannes überhaupt kein Verfahren

Ein Schreckensurteil fällte am Donnerstag-Abend der Schnellrichter in Hasselfelde (im Lande Braunschweig). Gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Harzer Echo", Richard Salge, aus Blankenburg am Harz.

Auf Grund der Denunziation eines Nationalsozialisten war Salge verhaftet worden. Er soll in einer öffentlichen Wahlkundgebung zu Gewalttätigkeiten aufgereizt haben. **Obwohl genügend Zeugen vorhanden sind, die Salges einwandfreies Verhalten bekunden konnten, wurde einem meineidigen Denunzianten Glauben geschenkt.** Der Angeklagte wurde auf Grund der Notverordnung vom Juni dieses Jahres **zu einem Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt.**

Dieses Urteil ist ebenso ungeheuerlich wie die Verurteilung von 29 Reichsbannerkameraden von demselben Schnellrichter zu insgesamt 115 Monaten Gefängnis unter denen sich zwei Höchststrafen von 1 Jahr 1 Monat und einem Jahr Gefängnis befinden. Insgesamt war 73 Reichsbannerkameraden der Prozeß wegen Landfriedensbruch gemacht worden, 44 Angeklagte wurden freigesprochen.

Diesem Prozeß lag die Ermordung des Reichsbannerkameraden Fritz Müller in Hasselfelde durch SA. zugrunde, der in der Nacht vor den Reichstagswahlen in dem kleinen Harzer Städtchen angefallen worden war. **Gegen die Mörder Müllers ist bisher nicht vorgegangen worden. Sie laufen noch frei herum.**

Verurteilte Nazis

In Eutin wurden zwei Nationalsozialisten wegen Flaggenfrevels zu 17 bzw. 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Rowdys hatten am Nachmittag des 27. Juli eine auf der Eutiner Reichswehrkaserne aus Anlaß des Unterganges der „Niobe" auf Halbstock gesetzte Flagge heruntergerissen. Die „aufbauwilligen Kräfte" verweigerten vor Gericht eine Angabe über ihre Parteizugehörigkeit. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß beide Angeklagten Nationalsozialisten und zu den „aufbauwilligen Kräften" des Herrn von Papen zu zählen sind.

Waffensuche beim Reichsbanner

In den Büroräumen der Reichsbanner-Bundesleitung in der Stresemann-Straße in Berlin fand am Donnerstag-Nachmittag eine polizeiliche Durchsuchung nach Waffen statt. Es wurden drei Revolver und fünf Gummiknüppel gefunden. Die Revolver gehören Mitgliedern des Reichsbanners, die Waffenscheine besitzen, aber zur Zeit verreist sind.

In einem Berliner Reichsbannerlokal in der Danziger Straße wurde ausgerechnet am Verfassungstag, ebenso wie in den Räumen der Bundesleitung des Reichsbanners, eine Haussuchung nach Waffen durchgeführt. Aber auch hier war das Ergebnis vollkommen negativ. Die Maßnahme der Polizei beruht zweifellos auf einer Denunziation, wie sie zurzeit gegen Republikaner an der Tagesordnung sind.

Doch SA.-Hilfspolizei in Braunschweig

Trotz aller Proteste wird nun im Lande Braunschweig doch eine Hilfspolizei, die aus SA.- und Stahlhelmleuten bestehen soll, eingerichtet. Nach außen hin will man die neue Polizeiformation als staatlich anerkannten Selbstschutz tarnen. Die Uebertragung von Polizeigewalt an SA.-Leute, den Parteigenossen von Bombenlegern und Sprengstoffattentätern, hat im Lande größte Beunruhigung unter der republikanischen Bevölkerung ausgelöst.

Was wir verlangen müssen

Von Thomas Mann

Dem „Berliner Tageblatt" entnehmen wir nachstehenden Artikel des bekannten Dichters Thomas Mann.

Werden die blutigen Schandtaten von Königsberg den Bewunderern der seelenvollen „Bewegung", die sich Nationalsozialismus nennt, sogar den Pastoren, Professoren, Studienräten und Literaten, die ihr schwatzend nachlaufen, endlich die Augen öffnen über die wahre Natur dieser Volkskrankheit, dieses Mischmasches aus Hysterie und verhunzter Romantik, dessen Megaphon-Deutschtum die Karikatur und Verpöbelung alles Deutschen ist? Wird eine Regierung, die das Unwesen stützt und sich von ihm „tolerieren" läßt, ihre Fiktion von den „aufbauenden Kräften", die hier wider den drohenden Kulturbolschewismus zu hegen und zu pflegen seien, nicht endlich angesichts dieser Geschehnisse opfern müssen? Was kann, wenn man es schon so nennen will, „bolschewistischer", was kann unchristlicher und undeutscher sein als die Feigheit all dieser in der ostpreußischen Hauptstadt und an vielen anderen Orten verübten Taten, als dies Abschießen aus dem Hinterhalt, dieses Eindringen in Menschenheime, diese Bubenstreiche, ausgeführt von Anhängern einer Partei, die damit prahlt, die deutschen Sitten reinigen zu wollen, jedesmal in ein Gezeter ausbricht, wenn einer der Ihren bei provozierten Schlägereien zu Schaden kommt, und die Seiten ihrer Presse mit selbstgerechtem Geschrei gegen die „roten Mordbestien" füllt — dieser Partei, die heute die Stirn hat, ihre Söldner in die regulären Formationen der Polizei zu schieben, die doch in so vielen Fällen berufen wäre, gegen sie vorzugehen!

Die Regierung hat, mit einer Stärke, die ihr sonderbar zu Gesicht steht, die langjährigen und verdienten Hüter der Ordnung in Preußen ihrer Aemter enthoben unter dem Vorwand, sie seien aus inneren Gründen ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Wenige Tage später erlebt die Welt mit angewidertem Staunen Erscheinungen von Unordnung in eben diesem Land, wie sie sich unter dem Regiment der Vertriebenen niemals ereignet haben.

Jetzt hat sich die Regierung zur Androhung drakonischer Maßnahmen aufgerafft. Sie hat alle Ursache dazu, das darf man sagen. Schon deswegen, weil, wie die Welt weiß, die neueste Aera der Roheiten mit der von ihr erzwungenen Aufhebung des Uniformverbotes begonnen hat. Wenn aber, darüber hinaus, irgend etwas dazu dienen konnte, das verächtliche Schlagwort von den „Novemberverbrechern" zu bekräftigen und die Häupter der sozialistischen Parteien in den Augen ohnedies verhetzter Toren vogelfrei erscheinen zu lassen, so war es die Art, in der die Razzia gegen die hochbeamteten Sozialisten in Preußen durchgeführt wurde. Noch einmal, die Regierung hat alle Ursache, ohne Ansehen der Partei, Ordnung und Anstand zu erzwingen. Das Deutschland, das diesen Namen verdient, hat es satt, endgültig satt, sich tagaus, tagein durch Prahlereien und Drohungen der nationalsozialistischen Presse und durch das halbnärrische Geifern sogenannter Führer, die nach Köpfen, Hängen, Krähenfraß und Nächten der langen Messer schreien und all das, mit Recht, wenn es nach ihnen ginge, als unmittelbar bevorstehend verkünden, die Lebensluft im Vaterland vergiften zu lassen. Daß unreife und zwischen Illusion und Enttäuschung hin- und hergehetzte junge Menschen bei dieser „Erziehung" zu Verbrechern werden, ist gewiß kein Wunder. Auch zweifelt niemand, daß zu den dreizehneinhalb Millionen, die der falsche Messias an sich gezogen hat, viele Gutgläubige zählen, die nichts zu schaffen haben mit diesem Treiben und sich seiner schämen. Aber gerade, wenn die Reichsregierung den Plan verfolgt, den verirrten Idealismus, der im Nationalsozialismus lebt, ihren konstruktiven Absichten dienstbar zu machen und zur Volksgemeinschaft zu erziehen, sollte sie alle Macht, die sie sich nimmt und die man ihr nur dazu gewährt, daransetzen, diese barbarischen Entartungen des inneren deutschen Lebens auszurotten.

Sie nennt sich überparteilich und hat auch das Ergebnis der Wahlen als eine Kundgebung des Volkes gegen Parteiherrschaft ausgelegt. Ueberparteilich, das ist ein verfängliches Wort, mit dem gefährlicher Mißbrauch getrieben werden kann und schon getrieben worden ist. Nur zu gern nennt der Wille zur Unterdrückung aller anderen Willensmeinungen sich überparteilich, nur zu gern schmeichelt eine dumpfig-rückschrittliche Politik sich, unpolitisch-vaterländisch zu sein. Dazu birgt der zweideutige Begriff, wir wissen es wohl, eine Verführung für das deutsche Gemüt in sich. Er kommt gewissen romantisch-antipolitischen Instinkten unserer Natur entgegen, die sich leicht in einer zugleich hochmütigen und untertanenhaften Abwendung von politischen Entscheidungen und einem frommen Hinnehmen des Gottgegebenen gefällt. Um Entscheidung aber, um die Erkenntnis seiner in Wahrheit gottgewollten Aufgaben und um den Entschluß, sie zu erfüllen, kommt kein Volk, auch das deutsche nicht, herum, und ich für meine Person, wenn ich schon sprechen soll, kann mich auch hier und heute nur zu der Ueberzeugung bekennen, daß die soziale Republik, die gewiß bis jetzt noch in keinem Augenblick verwirklicht war, die politische und gesellschaftliche Verfassung ist, in der allein Deutschland die ihm historisch zugewiesenen Weltaufgaben erfüllen kann.

Das ist nicht eben die Ueberzeugung der gegenwärtig amtierenden Reichsregierung; in ihrem Begriff der Ueberparteilichkeit steckt wesentlich anderes. Dennoch mag die Idee, die sie mit

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Téramond

24] (Nachdruck verboten.)

Hatte sie eigentlich nicht unrecht?

Man soll den Journalisten nicht trauen, auch wenn sie mit Gräfinnen verwandt sind und höchstwahrscheinlich für Zeitungen von bester Gesinnung schreiben . . .

Die Dinge gingen ihren alltäglichen Lauf und die Bande der Weißen Schürzen hoffte bald ihren größten Erfolg verzeichnen zu können, — plötzlich erhielt Georgette — die Gräfin war zufällig dabei — ein Telegramm. Sie las es, geriet so unverkennbar in Aufregung, daß die Dame fragte:

„Es ist doch hoffentlich keine unangenehme Nachricht?"

Die Zofe machte ein kummervolles Gesicht, erwiderte, daß ihre Tante — die weit draußen in Alfortville wohnende geliebte Tante — die einzige nahe Verwandte! — ihr mitgeteilt habe, sie sei sehr krank und bäte um einen kurzen Besuch.

„Gehen Sie! Gehen Sie!" rief mitleidig die Gräfin. „Ich kann Sie heute nachmittag eine oder zwei Stunden entbehren." Georgette dankte ihr — zwischen den langen Wimpern heraus — mit einem gefühlvollen Blick und fand auch passende Worte für ihre Erkenntlichkeit.

Eine halbe Stunde danach verließ sie die rue de la Faisanderie, — nicht um zu ihrer Tante zu eilen, dieser erdichteten Tante, deren Gesundheitszustand so sehr beunruhigte! Nein, sie wollte Juleny aufsuchen in der avenue de Clichy. Er hatte das Telegramm aufgegeben — um sie sofort sprechen zu können.

Georgette war ganz [illegible].

Für Menschen wie sie, die beständig zittern müssen, ihre Freiheit zu verlieren, bedeutet Unvorhergesehenes leicht eine Drohung.

Was hatte Juleny so eilig mitzuteilen? Eine wichtige Ursache mußte ihn zu dieser Aufforderung bestimmt haben!

Welche Gefahr schwebte über ihr?

Es war ihr, als drohe ein Ziegel auf ihre Köpfe zu fallen. Hatte Juleny, der immer Projekte entwarf, sich etwas Neues, vielleicht Gefährlicheres ausgedacht, wobei sie auch helfen sollte,

Sie fand ihn ruhig, was ihre Besorgnis verringerte.

In seinen Zügen lag weder die Angst des gehetzten Wildes, noch der Ausdruck, den etwa ein General hat, wenn er Schlachtpläne ersinnt.

Nach der Begrüßung und nach einigen Fragen, die sich auf die Gräfin de Resies bezogen, gab Juleny seiner Gehilfin eine Nachricht bekannt, die wie eine Katastrophe wirkte.

Was er sagte, schien gar nicht so bedenklich, daß sie in solcher Weise die Fassung verlor.

„Weißt du, daß der Prozeß der rue Michel-Ange nächste Woche vor die Geschworenen kommt?"

Sie war todblaß geworden. In ihrem Blick lag ein Entsetzen, das in gar keinem Verhältnis zu der Mitteilung stand.

Er sah sie fast verächtlich an.

„Du wirst doch nicht etwa in Ohnmacht fallen, weil deine frühere Herrschaft, die ihren Mann umgebracht hat, vor Gericht stehen wird?" sagte er grollend.

Er rüttelte die noch immer Schweigende am Arm.

„Wenn du bloß nicht so den Kopf verlieren wolltest, wenn man davon spricht!" höhnte er brutal. „Du hast nichts zu fürchten — rein nichts! . . Ueberraschungen gibt's da keine! Bloß verschnappen darfst du dich nicht! Keine großen Dummheiten machen! Du wiederholst Wort für Wort, was du dem Kommissar gesagt hast."

„Ja, ich wiederhole nur das," stammelte sie, verängstigte Blicke auf ihn richtend.

„Das ist doch selbstverständlich, daß du vernommen wirst in diesem Prozeß. Darauf stützt sich ja hauptsächlich die Anklage: [illegible] mußt du aussagen!"

[illegible] seine Stimme klang heller. [illegible]

„Aber die Gräfin," rief sie, „wie soll ich das machen? Ich [illegible] Sie kennt mich als Georgette Aubert und [illegible]"

„Darum [illegible] zu kommen. Ein [illegible] ist notwendig. Du wirst [illegible] aussagen, aber man muß mit zwei Tagen rechnen . . . Montag abend bekommst du ein Telegramm von deiner alten Tante . . ."

„Von der kriegte ich das heutige schon, weil sie krank war."

„Richtig! . . . Alles in Ordnung! . . . Am Montag wird deine Tante eine Sterbende sein . . . Es geht nicht anders, du mußt sie noch einmal sehen. Deine Madame schätzt deine Dienste zu hoch ein, um dich auf die Straße zu setzen, weil sich in deiner Familie ein trauriger Fall ereignet. Hab' ich da nicht wieder recht?"

„Zwei Tage Urlaub wird sie mir sicher geben."

„Du mußt dir alles gut überlegen, was du sagst. Du berichtest über den Streit zwischen dem Paar am Abend . . . daß er unglaublich heftig war . . . vergiß nicht die Drohung der Frau, daß sie sich scheiden lassen wollte . . ."

„Ich weiß . . . ich weiß," erwiderte sie erschauernd.

„Alles wird wie am Schnürchen gehen. Die Frau wird verurteilt oder freigesprochen, das hängt von der Laune der Jury ab. Uns kümmert das nicht! Du wirst dann wieder Georgette Aubert. Deine Tante ist gestorben und wir bereiten uns in aller Ruhe auf unsern kleinen Coup vor, auf den wir nicht mehr lange warten lassen. Bist du nun im Bilde?"

„Ich bin's," erklärte Fabiennes einstige Kammerfrau.

Juleny zog sie an sich und sie sank, glücklich und gefügig, in seine Arme.

Aber aus ihrem Blicke sprach immer noch das geheimnisvolle Grauen, das stets erwachte, wenn der Mord von Roger Mangenet erwähnt wurde.

7.

Die Schwurgerichtsverhandlung.

Dem Fall in der rue Michel-Ange fehlte das Element, welches bei der Menge die größte Spannung hervorruft: das Dunkle, das Mysteriöse, welches fieberhaften Anteil weckt.

Das Publikum sieht es gern, wenn ein Prozeß Ueberraschungen, Theatercoups verspricht. Der Fall der Frau Steinheil — schon um ihrer Person willen interessant — hätte gleichwohl nicht soviel Staub aufgewirbelt, wenn man unbedingt überzeugt gewesen wäre, daß sie die Mörderin ihres Gatten war. Die Bessarabo verdankte ihren Erfolg in der Verhandlung dem Umstand, daß sie die Ueberreste ihres Gatten in der Welt herumreisen ließ.

Die an Roger Mangenet verübte Mordtat schien dagegen so einfach, so klar. Sie rief keinen jener Zweifel hervor, die einen großen Prozeß zum Gegenstand des Nervenkitzels, zum bizarrsten der Kriminalromane machen.

[illegible]

dem Wort verbindet, für den Augenblick das Gegebene, ja, das Rettende sein, berufen, das Aeußerste an blutigem Zerwürfnis im Innern abzuwenden und Deutschland Frist zur Besinnung und Erkenntnis zu schaffen. Das ist eine zwar schwere, aber vergleichsweise bescheidene Aufgabe, die gleichwohl ihre zeitliche Ehre haben kann, wenn sie — und das ist es, was man von dieser Regierung verlangen muß — mit Anstand und aufrichtiger Gerechtigkeit erfüllt wird.

Gayls Verfassungswünsche

A. Kr. Wohl jeder, der die sogenannte Festrede des Reichsinnenministers auf der Verfassungsfeier der Reichsregierung liest, wird die Empfindung haben, daß sie nicht bis ins letzte aufrichtig war. Wenn jemals das Wort, daß die Worte dazu da sind, um die Gedanken zu verbergen, berechtigt war, so in diesem Falle. Denn diese Rede war nicht nur mehr eine Bußpredigt, wie der „Vorwärts" sie nennt, als eben eine Festrede, sie war vor allem in sich zwiespältig und widerspruchsvoll. Auf der einen Seite eine Verbeugung vor der Weimarer Verfassung, vor ihrem Wert, ihrer geschichtlichen Bedeutung und ihrer großen staatspolitischen und nationalen Leistung, auf der anderen Seite eine Kritik an ihr, die ihre Grundlagen verneint, und Wünsche nach Umbau dieser Verfassung, der ihr Wesen verändern soll und muß.

Scheinbar wird freilich nur Kritik an dem Treiben der politischen Parteien in den letzten Jahren geübt und behauptet, daß diese mit der Weimarer Verfassung Mißbrauch getrieben hätten. In Wirklichkeit richtet sich aber diese Kritik gegen die Verfassung selbst. Und zwar sowohl sachlich und auch, wenn man näher zusieht, formell. Formell deshalb, weil Gayl ja an anderer Stelle ausdrücklich betont, daß es nicht nur Schuld von Personen sei, „sondern der Konstruktion unserer Verfassung", wenn durch das Treiben der Parteien die nach Gayls Ansicht nötigen Reformen verhindert wurden. Ganz abgesehen davon, daß es lächerlich ist, die aktuellen, tatsächlichen Handlungen und Auffassungen von Parteien in bestimmten Fragen, die einem nicht gefallen und die man nicht teilt, dem System der Bestimmung der Staatsangelegenheiten durch das Zusammenspiel der Parteien zuzurechnen, ist dies auch eine formelle Ablehnung des gegenwärtigen Verfassungssystems überhaupt.

Diese Kritik richtet sich deshalb auch sachlich nicht gegen Einzelheiten der Verfassung von Weimar, sondern gegen die Grundlagen der Verfassung. Denn die Entscheidung der Staatsangelegenheiten durch das Zusammenspiel der Parteien, oder im Falle, daß eine Partei allein die Mehrheit im Volke und in der Volksvertretung hat, durch eine Partei ist die notwendige Konsequenz des demokratisch-parlamentarischen Systems. Denn die Parlamente können nur durch das Mittel der Parteien zu Beschlüssen gelangen. Die Parteien sind notwendige Produkte des parlamentarischen Systems überhaupt, sie bedeuten die politische Organisierung der Demokratie. Andernfalls würde ja alle demokratische Willensbildung unmöglich, die Demokratie würde zu einem völlig ungeregelten Haufen Einzelner, die alle gegen alle reden und womöglich handeln. Die Parteien haben daher in der Demokratie eine lebensnotwendige Funktion, und das System der politischen Willensbildung der Nation durch die Parteien verneinen heißt die Grundlagen der Demokratie verneinen. Eine solche Kritik, wie sie Gayl hier übt, und die übrigens sachlich völlig unberechtigt ist, bedeutet daher der Sache nach eine völlige Verneinung der Verfassung von Weimar [illegible]

Zu derselben Auffassung muß man kommen, wenn man die Ausführungen Gayls über die Notwendigkeit einer selbständigen, von den Parteien unabhängigen Regierung liest. Auch diese Auffassung Gayls schließt eine Verneinung des demokratisch-parlamentarischen Systems überhaupt in sich. Daß die Minister eines demokratischen Landes nur die Funktionäre von Parteien sein können und von dem politischen Willen bestimmter Parteien abhängig sein müssen, ist ebenfalls nur eine natürliche und notwendige Konsequenz des demokratisch-parlamentarischen Systems. Aeußerlich kommt das in der Bestimmung der Verfassung zum Ausdruck, daß die Regierung zu ihrer Amtsführung das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments haben muß. Sachlich ist das darin begründet, daß ohne das das Parlament ja selbst gar nicht regieren würde. Es ist aber das Wesen der parlamentarischen Demokratie, daß in ihr das Volk selbst durch das von ihm gewählte Parlament mittelbar regiert, und zwar auf dem Wege der Mehrheitsbeschlüsse. Deshalb heißt eine von den Parteien unabhängige Regierung wollen wiederum das demokratisch-parlamentarische System überhaupt und damit die Grundlagen der Weimarer Verfassung ablehnen.

In der ältesten parlamentarischen Demokratie großen Stils auf der Erde, in der englischen, ist denn auch seit langer Zeit die Regierung nur ein Ausschuß der die Mehrheit im Parlament bildenden Partei oder Parteien, und niemand findet dort etwas daran. Dies Staatssystem funktioniert seit über 150 Jahren glänzend.

Uebrigens sind auch deshalb die Darlegungen Gayls über die Notwendigkeit einer von den Parteien unabhängigen Regierung völlig verfehlt, weil es eine solche Regierung gar nicht gibt und gar nicht geben kann. Das gilt auch für die Zeit der Ausschaltung des Parlaments, wie die Regierung Papen selbst ja am besten beweist. Denn auch diese Regierung ist eine Parteiregierung, eine der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, nur wird der Einfluß der sie beherrschenden Parteien auf sie nicht allein unmittelbar, sondern vielfach mittelbar, auf oft recht krummen Umwegen ausgeübt. Oder hat etwa die Regierung Papen das SA.-Verbot nicht unter dem Druck einer bestimmten Partei ausgeübt? Ja, das gilt sogar für ein bloß konstitutionelles System, also für eine Monarchie mit dem Monarchen beigeordneter Volksvertretung. Oder hat Bismarck etwa nicht seit 1877/78 Handelspolitik nach dem Willen der Konservativen getrieben oder hat Herr Gayl bereits den Spruch vergessen: Der König absolut, wenn er unsern Willen tut? Der Unterschied ist nur der, daß in solchem Falle Parteien zu herrschen pflegen, die nicht, allein oder in Verbindung mit anderen, die Mehrheit des Volkes darstellen und in sich verkörpern, sondern solche, die eine kleine [illegible] Minderheit vertreten. Darin liegt der eigentliche [illegible] würde in Wahrheit nur Minderheitsherrschaft einer kleinen Partei bedeuten und das ist es, was Gayl eigentlich will. Das aber ist wiederum eine absolute Verneinung der Demokratie überhaupt.

Das wird denn auch bestätigt durch die praktischen Forderungen, die Gayl für eine sogenannte Reform der Verfassung aufstellt. Die Reform des Wahlrechts, die er verlangt, läuft, soweit sie über eine Abänderung des Listensystems, über die sich durchaus reden läßt, hinausgeht, auf einen klaren Wahlrechtsraub an den Jüngeren hinaus. Auch die Forderung nach Einrichtung eines Oberhauses läuft auf die Einschränkung der Rechte der Wählerschaft hinaus. Wie übrigens dadurch die Parteiwirtschaft, um einmal mit Gayl zu reden, beseitigt werden soll, ist uns unerfindlich. Denn sowohl im französischen Senat, als auch im englischen Oberhaus, das übrigens völlig entmachtet ist, als auch im amerikanischen Bundessenat gibt es ebenso die Entscheidung nach dem Willen der auch in ihnen bestehenden Parteien, wie in den anderen Kammern der jeweiligen Parlamente.

Somit bleibt es dabei, daß Gayls Rede zur Feier der Verfassung von Weimar dem sachlichen Hauptinhalt nach in Wahrheit eine Rede gegen die Verfassung von Weimar war und daß sein Bekenntnis zur Verfassung als dem Grund, auf dem wir alle auch weiter stehen müssen, eben nicht viel mehr Wert als ein bloßes Lippenbekenntnis hat.

Entscheidung im Memelstreit

Deutschland und Litauen bekommen je zur Hälfte Recht

Amsterdam, 11. August. (Eigener Drahtbericht.)

In der Memelklage gegen Litauen hat der Internationale Gerichtshof mit 10 gegen 5 Stimmen entschieden:

1. Daß der Gouverneur des Memelgebietes das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums in besonderen Fällen abzusetzen; 2. daß die Absetzung des Präsidenten des Direktoriums nicht die Außerkraftsetzung der Funktion der übrigen Mitglieder des Direktoriums in sich schließt; 3. daß die Absetzung Böttchers ordnungsgemäß ist. Ferner hat der Gerichtshof festgestellt, daß die Zusammensetzung des Direktoriums Simaitis ordnungsgemäß war, dagegen nicht die Auflösung des memelländischen Landtags am 22. März 1932.

Dieser Spruch muß insbesondere hinsichtlich der Berechtigung des Gouverneurs des Memelgebietes, Böttcher abzusetzen, einige Verwunderung erregen. Diese Amtsenthebung wurde und wird mit einer Reise Böttchers nach Berlin begründet. Sie hat angeblich einer Konspiration gegen Litauen gegolten. Ein durchschlagender Beweis dafür ist u. E. aber niemals erbracht worden. Insofern hatte der Memel-Gouverneur nicht das Recht, Böttcher abzusetzen. In dem internationalen Memelstatut gibt es keinen Paragraphen, der unter den obwaltenden Umständen auch nur eine Konstruktion dieses Rechts zuließe. In Deutschland hat man deshalb mit Recht erwartet, daß der Internationale Gerichtshof wenigstens hinsichtlich der Amtsenthebung Böttchers eine andere, als die inzwischen bekannt gewordene, Entscheidung gefällt hätte.

*

A.Kr. Wir sind anderer Ansicht als unser Berliner Berichterstatter. Wenn Herr Böttcher tatsächlich ohne Wissen der litauischen Regierung mit der deutschen Regierung verhandelt hat, so ist seine Absetzung berechtigt. Das haben wir schon seinerzeit bei Gelegenheit der Meldung über den Vorgang selbst festgestellt. Es ist für jede Regierung unerträglich bzw. es ist ein schweres Vergehen gegen den Staat, wenn ein Beamter eines Landes, der nicht zur Vertretung des Landes nach außen hin berechtigt ist, auf eigene Faust, ohne Wissen der eigenen Zentralregierung Verhandlungen mit einer fremden Regierung beginnt. Das Memelgebiet hat nur eine beschränkte Autonomie, zur Vertretung des Memelgebiets nach außen ist die litauische Zentralregierung da. Also war ein Einschreiten des Gouverneurs juristisch voll berechtigt, sofern er überhaupt das Recht zur Absetzung der Memelregierung in bestimmten Fällen hat, und das Verhalten Böttchers war juristisch einwandfrei ein Amtsvergehen. Folglich ist aber auch die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes völlig einwandfrei. Das muß festgestellt werden, unbeschadet der Stellung zu der politischen Forderung nach stärkerer Selbständigkeit der Memeldeutschen. Uebrigens hat auch ein so „nationales" Blatt wie die „Kölnische Zeitung" seiner Zeit schon einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Was würde man auf seiten der deutschen „nationalen" Rechten zum Beispiel auch sagen, wenn es sich eine deutsche Landesregierung einfallen ließe, ohne Wissen der Reichsregierung mit fremden Regierungen zu verhandeln, oder wenn das gar ein Oberpräsident oder Landeshauptmann auf eigene Faust täte?

Der Putsch in Spanien zusammengebrochen

Die Führer festgenommen oder verüben Selbstmord

Der Anführer der spanischen Aufständischen, General Sanjurjo ist am Donnerstag festgenommen worden. Seine Flucht nach Portugal, die bereits als geglückt gemeldet war, wurde vereitelt. Sanjurjo wurde sofort nach Madrid gebracht, wo er standrechtlich abgeurteilt werden wird.

Der zweite Führer der monarchistischen Aufständischen in Sevilla, General Puerta hat nach dem Zusammenbruch der Putschaktion Selbstmord begangen.

Madrid, 11. August (Eigener Drahtbericht)

Die Reaktion auf den mißlungenen und niedergeworfenen Monarchistenputsch waren in Sevilla große kommunistische und syndikalistische Gegendemonstrationen. Das Gebäude des rechtsstehenden Blattes „ABC." wurde in Brand gesetzt. Auch das Gefängnis wurde gestürmt und an vielen Stellen angezündet. Die Unruhen dauern abends noch an.

Verfassungsfeier in Hessen

Darmstadt, 11. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die hessische Regierung hat den Verfassungstag trotz eines Landtagsbeschlusses, den Verfassungstag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben, feierlich begangen. In den drei Provinzialhauptstädten Darmstadt, Mainz und Gießen marschierte die Schupo vormittags zur Parade auf.

In Darmstadt nahm Staatspräsident Adelung die Parade ab. In seiner Ansprache sagte er unter anderm:

> **Scham und Trauer erfüllen jeden wirklich national empfindenden Menschen ob des Treibens des politischen Kampfes in Deutschland, wie ihn selbst der Balkan in seiner [illegible] Zeit kaum gekannt hat.**

Die Polizei steht außerhalb der politischen Parteien und darf einer solchen nicht hörig sein. Es hieße die Aufgabe der Polizei verfälschen, wenn man ihr einseitig und politisch organisierte sogenannte „Hilfspolizei" angliedern wollte, unter welchem Namen es auch immer sei. Die hessische Polizei hat die Kraft und Mittel, sich durchzusetzen, den Bürger zu schützen und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.

Abends fand eine republikanische Massenkundgebung in der Festhalle statt.

Ende eines üblen Pressereptils

Der Pariser „Ami du Peuple" am Ende

Paris, 11. August. (Eigener Drahtb.)

In den Presseunternehmungen des korsischen Parfümfabrikanten Coty scheint die Krise schwere Verheerungen angerichtet zu haben. Die Aktionäre des „Ami du Peuple" sind zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen worden, auf deren Tagesordnung steht: „Beschlußfassung über außerordentliche Maßnahmen angesichts der finanziellen Lage der Gesellschaft: Veräußerung der Aktiven, Anleihen oder sonstige Mittel."

Wie in Paris verlautet, soll die mit zwei Millionen Francs ausgestattete Aktiengesellschaft des „Ami du Peuple" mit einer großen Unterbilanz gearbeitet haben. Die nationalistische „Liberté", eine Gegnerin des „Ami du Peuple" behauptet, daß das Defizit sich auf 60 Millionen Francs beläuft. Man will wissen, daß der „Ami du Peuple" sein Erscheinen Ende August oder Ende September einstellen wird.

Sind das keine Parteiregierungen Herr Gayl?

Parteipolitisches Manöver der Naziminister

Die Auswirkungen der neuen Staatsführung werden neuerdings durch einen Protest der nationalsozialistischen Minister von Braunschweig und Anhalt dokumentiert. In dem Protest wird zugleich mitgeteilt, daß er auch für die Naziparteibuchminister in Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin abgegeben wird. Es ist das erstemal in der Geschichte der Deutschen Republik, daß Länderminister einer Parteirichtung sich zusammentun und einen im Auftrag ihrer Partei formulierten Protest an die Reichsregierung richten. Aber ebenso seltsam wie die Art des Protestes ist der Protest selbst.

Die Minister wenden sich in ihm gegen die Abbaunotverordnung vom 14. Juni mit der Kürzung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen und die Sozialrentner. Heute schreiben wir den 12. August. **Der Protest hat also acht Wochen auf sich warten lassen.**

> **Als die Sozialdemokratie kurz nach dem Erlaß der Notverordnung zum Zwecke ihrer Aufhebung die Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages forderte, hat dessen Vorsitzender, der nationalsozialistische Abgeordnete Straßer wochenlang den Zusammentritt des Ausschusses sabotiert.**

Daraus und aus der Tatsache, daß die Herren Naziminister sich bereits acht Wochen nach Erlaß der Notverordnung auf deren Auswirkungen besonnen haben, ist der tatsächliche Zweck ihres Protestes zu erkennen. Es ist ein Verlegenheitsprodukt, das die Schuld für eine Maßnahme, für die die Nationalsozialisten mit verantwortlich sind, auf andere abzuwälzen versucht. Da Hitler in dieser Hinsicht nicht mehr zieht, hat man sich der Parteibuchminister bedient. Wahrscheinlich aber schenkt man ihnen noch weniger Glauben.

Zusammentritt des Landtags unbestimmt

Der Nazi-Präsident des Preußischen Landtages hat auf die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf alsbaldigen Zusammentritt des Preußischen Landtages eine Antwort dahin erteilt, daß er zur Zeit den Zeitpunkt des Zusammentritts mit Rücksicht auf die politische Lage noch nicht endgültig bestimmen könne. Der Landtag werde aber noch vor Beginn der Reichstagstagung zusammentreten.

Herriot in Nöten

Beginn der amerikanisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. — Schwierigkeiten in der Getreidefrage.

Die neuen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und Amerika beginnen offiziell am 22. August. Sie werden geführt auf französischer Seite von Herriot, auf amerikanischer Seite von dem Pariser Botschafter Edge. Schon diese Auswahl der Personen läßt erkennen, daß das Schwergewicht der Verhandlungen auf politischem Gebiet liegen wird. Namentlich Frankreich sieht darin nur die Einleitung zu Verhandlungen über die Kriegsschuldenfrage. Um günstige Stimmung zu machen, hat Herriot den Amerikanern in seiner am Donnerstag überreichten Antwort auf das amerikanische Memorandum schon Zollermäßigungen für Pökelfleisch und Dauerware eingeräumt.

Inzwischen ist Herriot durch die Preisgestaltung am französischen Getreidemarkt in eine heikle Lage geraten. Die Weizenernte in Frankreich ist „zu gut" ausgefallen und die Weizenkurse sind daher an der Pariser Produktenbörse innerhalb der letzten acht Tage von 166 auf 125 Francs pro Doppelzentner gestürzt, also etwa auf die Hälfte der in Berlin geltenden Preise. An den Provinzbörsen wurde sogar ein Preis von nur 105 Francs notiert. Große Aufregung darüber bei der Landwirtschaft, die über spekulative Manöver des Zwischenhandels klagt und Abordnung auf Abordnung nach Paris zur Regierung schickt. Eine dieser Abordnungen sollte am Mittwoch an der Pariser Börse eine Stützungsaktion vornehmen, wurde aber von der Polizei fortgeschafft.

Herriot fühlt sich in einer Zwickmühle. Er hat oft genug eine Kampagne gegen die Teuerung angekündigt, andererseits aber hat sein Vorgänger Tardieu als Ackerbauminister und Ministerpräsident durch seine protektionistischen Maßnahmen die Getreidekurse bis auf 175 und 180 Francs in die Höhe gedrückt, um Wahlstimmung zu machen. Herriot wird also die landwirtschaftlichen Wähler verstimmen, wenn er eine Stützungsaktion nicht unternimmt, sich zugleich aber die städtischen Verbraucher und die Arbeiterschaft auf den Hals laden, wenn er nicht die angekündigte Preissenkungsaktion vornimmt.

Am Donnerstag hatte Herriot Besprechungen mit den wirtschaftlichen Sachverständigen der Regierung, dem Ackerbauminister, dem Unterstaatssekretär für die nationale Wirtschaft und zahlreichen anderen Persönlichkeiten. Am Freitag findet ein außerordentlicher Kabinettsrat über die gleichen landwirtschaftlichen Fragen statt.

Herriot antwortet Stimson

Ministerpräsident Herriot hat am Donnerstagabend am Quai d' Orsay einen diplomatischen Presseempfang organisiert, um bei dieser Gelegenheit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson für seine Rede über den Kelloggpakt offiziell und öffentlich zu danken.

In den schmeichelhaftesten Worten äußerte sich Herriot über die Absichten Stimsons und erklärte, daß Frankreich einer Weiterentwicklung des Kelloggpaktes „äußerst aufmerksam und günstig gegenübersteht". Weiter führte Herriot u. a. aus: „Es ist uns sehr wertvoll zu hören, daß nach der Ansicht des amerikanischen Staatsmannes der Kelloggpakt in sich selbst schon die Notwendigkeit zu internationalen Konsultationen enthält. Frankreich seinerseits ist der festen Ansicht, daß es im Interesse des Friedens ausgeschlossen ist, dem Pakt nur den Charakter einer Erklärung des guten Willens zu lassen. Auch Frankreich — und gerade das läßt uns die Erklärungen Stimsons so hoch schätzen — will den Pakt als einen obligatorischen zwingenden Vertrag ansehen. Es ist unbedingt notwendig, ihn so anzusehen, daß er die Signatarmächte ohne jede Einschränkung bindet, ausgenommen den Fall legitimer Selbstverteidigung. Wir werden von unserer Seite aus und im allgemeinen Interesse loyal nachprüfen, welche Vorgangsweise eingeschlagen werden muß, damit die feierlichen Verpflichtungen des Paktes nicht übertreten werden."

Die Pariser Presse enthält sich zu dieser auffallenden Erklärung Herriots jeglichen Kommentars [illegible] Vorgangsweise in der diplomatischen Geschichte einzig dastehe.

Vermischtes

Acht Millionen Obdachlose

Bei der Ueberschwemmungskatastrophe in der Mandschurei sind nach vorsichtiger Schätzung etwa acht Millionen Menschen obdachlos geworden. Das Wasser steigt seit Tagen unentwegt weiter an; in manchen Orten ist die Flut bereits acht Meter hoch. Durch die furchtbare Naturkatastrophe wurde der politische Frieden in der Mandschurei wieder hergestellt: Chinesen und Japaner sind gemeinsam bemüht, rettend einzugreifen.

Mukden wurde von einer Feuerkatastrophe betroffen. Zahllose Häuser der Stadt sind abgebrannt. Angeblich sollen chinesische Freiwillige das Feuer angelegt haben. Bei Kämpfen zwischen Japanern und Chinesen in den Straßen der Stadt wurden von den japanischen Truppen Tanks eingesetzt.

Eisenbahnarbeiter tödlich verunglückt

Nach einer Meldung aus Ottweiler wurde vor dem Wiebelskirchener Tunnel der Rhein-Nahe-Bahn gestern der 30jährige Eisenbahnarbeiter Walter Schlote vom Gestänge einer vorbeifahrenden Lokomotive erfaßt und tödlich verletzt.

Der gierige Adler

In Siebenbürgen wurde ein Adler abgeschossen. In seinen Klauen hielt er die Leiche eines nur wenige Monate alten Kindes.

Mord um Mitternacht

In Sprockhövel (Westfalen) wurde der 69 Jahre alte Gastwirt und Viehhändler Heinrich Wieland in seiner Wirtschaft ermordet und beraubt aufgefunden. Der Tat verdächtig sind drei Fremde, die am Dienstag abend kurz vor Mitternacht im Lokal des Ermordeten einkehrten, aber später nicht mehr gesehen worden sind.

Flug eines Sowjet-Riesenflugzeuges nach Berlin

In den kommenden Tagen wird ein Riesenflugzeug der Zivil-Flugflotte in der Sowjetunion, das 40 Plätze fassende Flugzeug ANT 14 von Moskau einen Flug nach Berlin unternehmen. ANT 14 ist das größte Landflugzeug Europas.

Zentral Theater — [illegible] 50

Ab Freitag und folgende Tage:
Der große Erfolg geht weiter — — —
Wiederum Höchstleistungen in der Programmgestaltung
1. Die größte Welterfolgs-Operette im Film „Im weißen Rößl“ mit Liane Haid, Max Hansen, Gustl Stark Gstettenbauer
2. „Das verlorene Paradies“ Eine Tonfilm-Groteske der Ufa m. Otto Wallburg, Ida Wüst
3. Auf Deutschlands höchstem Gipfel
4. Ufa-Wochenschau

Der große Variete-Teil:
1. Gastspiel der beliebten Sängerin vom Schauspielhaus und Rundfunk Rosl Altmann singt als Rößlwirtin die bekannten Schlagerlieder.
2. L. u. F. Ray, die flottesten Jongleure der Jetztzeit.
3. Friedrich Weißhaupt Breslaus bekanntester Kapellmeister dirigiert das große Orchester

Beginn tägl. 4.30 — Letzte Vorstellung 8.45 Uhr.

Primus-Palast Hubenstraße 10

Lachstürme über Lachstürme!
Die zwerchfellerschütternde Tonfilm-Posse aus den Tagen des bunten Rocks
Der schönste Mann im Staate
Siegfried Arno in seiner Bombenrolle als „Musketier wider Willen“
Weitere Darsteller: Ralph Artur Roberts, Camilla Spira, Lissi Arna, Hugo Fischer-Köppe usw.
Ferner der spannende Kriminal-Film
Die grüne Laterne
5603 Ufa-Wochenschau
Täglich ½5 Uhr. Erwerbslose halbe Preise.
Sonntag 3 Uhr:
Große Jugend- und Familien-Vorstellung
Der schönste Mann im Staate / [illegible]

Henkner's Festsäle, Morgenau
Heute Freitag: Verkehrter Ball
Morgen Sonnabend:
Vereinsvergnügen
vom Schrebergartenverein „Zur Erholung“

... und immer wieder nur eine Parole!
Alle Werktätigen treffen sich und kaufen
nur im Fahrradhaus „Sieg“ Neumarkt 19
dem Haus der guten Qualitäten und billigen Preise.

Fahrräder, komplett, für Herren . ab 36.00 Mk.
Fahrräder, komplett, für Damen . ab 38.00 Mk.
Ballon, ab 39.00 Mk. und allen weiteren Preislagen,
Rahmen, komplett ... ab 12,50 Mk.
Lenker ... 1.30 Mk.
Kette ... 0.60 Mk., Bremse ... 0.95 Mk.
Pedale, mit Gummi ... Paar 0.95 Mk.
Sattel, in prima ... ab 2.50 Mk.
Rennsattel ... 2.95 Mk.
Griffe ... Paar 0.20 Mk.
Torpedo, echt ... 8.50 Mk.
V.-Räder ... ab 2.50 Mk.
Felgen ... ab 0.65 Mk.
Zahnkranz ... ab 0.25 Mk.

Decken
nur gute, nicht 2a Qualitäten
0.85 1.20 1.50 1.95 usw.
Naturgummi ... 1.95 bis 3.50 Mk.
Schläuche ... ab 0.65 Mk.
Parteigenossen und Organisationsangehörige gegen Ausweis 5% Rabatt.

Volkstümliches Sinfonie-Konzert der Schlesischen Philharmonie
in der Terrassengaststätte an der Jahrhunderthalle
heute 20 Uhr 2888

WELTBÜHNE Friedr.-Wilh.-Str. 35
Wochent. 5, Sonnt. 3, letzte Vorst. 8½ Uhr
Große Tage für den Breslauer Westen
Der berühmtesten Filmschauspielerin der Welt
Marlene Dietrich
bis jetzt bester Film
„X 27“
Der Roman ein. österreich. Meister-Spionin
Atemlose Spannung! Tiefste Ergriffenheit! Jubel. Bewunderung!
Ferner:
Mit vollem Orchester
Serenissimus
und die letzt. Jungfrau
7 lustige Akte mit Adele Sandrock, Ernst Verebes
Auf der Bühne:
2 TONITOVS

ASTORIA-PALAST Fürstenstraße 32
Wochent. 4½, Sonnt. 3, letzte Vorstell. 8½ Uhr
Der schon lange mit größt. Spannung erwartete Großtonfilm des berühmten Preis-Ausschreibens der Münchn. Illustrierten Zeitung.
Steckbrief:
Willy Forst
als
Peter Voss, der Millionendieb
Eine lustige u. abenteuerliche Diebesjagd über Kontinente und Meere
Nach dem Roman von Ewald Gerh. Seeliger
Ferner:
Liebesabenteuer in Arabien
Eine lustige Tongroteske
Auf der Bühne:
THE RIEVALS

Neu eröffnet!
Titania Theater
[illegible]straße 65/71
gegenüber der Elftausend-Jungfrauen-Kirche
Trara um Liebe
mit Felix Bressart, Georg Alexander, Maria Paudler, Martha Eggerth, Ernst Verebes
Ferner:
Auf Tigerjagd in Indien
Kerkarett Unterseo — Tonwoche
Beginn: Wochentags 4.45 6.15 8.45 Uhr
Sonntags 5.00 6.30 8.00 Uhr
Sonntag nachm. 3 Uhr Gr. Jugend-vorstellung

So geht das nicht weiter!
Wir haben an der falschen Stelle gespart, unserer Konkurrenz die Taschen gefüllt. Von morgen an erscheinen unsere Anzeigen wieder in der unentbehrlichen Volkswacht!

ATLANTIK
Gräbschener Straße 74 Tel. 58508
Das auserwählte Riesen-Programm!
1. Voruntersuchung
Der Ufatonfilm brennendster Gegenwart mit Gustav Fröhlich, Albert Bassermann
Liebe! Haß! Atemverschlagende Handlung!
Dazu:
Ralph Artur Roberts — Maria Solveg — Otto Wallburg in dem entz. Tonlustspiel
2. Lügen auf Rügen
Humor! Spannung! Zündende Musik!
3. Ufa-Tonwoche!
4. Die große Bühnenschau: Das hervorragende Ballok-Trio die internationale Musikal-Attraktion
Anfangszeiten 5, 6,20 Uhr Letzte Vorstellung 9 Uhr

Alles was Sie brauchen an Schuhbedarfsartikeln, Ledersohlen usw. kaufen Sie am besten bei 2324
Walter Neuser, Neumarkt 21

Agitations-Material der S.P.D.

Prager: Wer hat uns verraten? 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
1000 Worte Hitler nur 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Wenn Judenblut vom Messer spritzt 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Dr. Helmut Klotz: Hitlers Sozialismus! 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Was ist Marxismus? Preis 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Der Jud' ist schuld! 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Nach der Nacht der langen Messer 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Diktatur! Preis 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Adolf Hitler 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4
Deutschland erwacht! Preis 10 Pf. Volkswacht-Buchhandl., Flurstr. 4

Druckerei Volkswacht
Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4/6.

In unserer **Konfektions-Etage** rücksichtslos herabgesetzte Preise

Dieser Frauen-Mantel aus reinwollenem Doppelrips in marineblau und schwarz, auf ganz schwerem, kunstseidenem Serge gefüttert ein großer Schlager kostet nur 19⁵⁰
Wie stets bei uns, ist dieser Mantel nicht allein in den jugendlich. Damengrößen 40 bis 46, sondern auch in den vollweit geschnittenen Frauengrößen von 48 bis 52 in großer Auswahl am Lager

In unserer Putzabteilung
Posten weiße Filzhüte nur gute, weiche Qualit., mit aparten Garnierungen kleidsame Formen St. nur 2.75 1.95
Posten Damen-Filzhüte fesche Glocken, a. Frauenhüte, mit Filzgarnierungen, mod. dunkle Farben St. nur 2.45 1.95
MESSOW WALDSCHMIDT

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Frack Hohaupt nur Blücherplatz 20, I. Ecke Ring, früher Karlstr. 1.
Leihweise Smoking u. Gehrockanzüge Klapphüte • Tel. 57082

Gebrauchtes, poliertes **Schlafzimmer** spottbillig zu verkaufen.
S. Brandt & Co. Gartenstraße 65, I. (neben Capitol)

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige — fett 4 Pfennige —

Zu verkaufen eichene Bettstelle für 2 Personen mit Auflegematratze, billig. [illegible]nitzerstraße 10, I. I. [illegible]

Zu verkaufen neues Chaiselongues, Handarbeit u. neue spanische Wand, billig Neuderstraße 4, ptr., I., am Matthiasplatz. [illegible]

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Merettig Matthiasstraße 140 Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Paul Berndt Weißenburger Straße 4 — ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Kursawe Neudorfstr. 28 [illegible]
Fritz Kaps [illegible]straße 7 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Fahrräder und Reparaturen
Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet.
Fahrradhaus Gomolka Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile Reparaturwerkstatt

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Drucksachen Breslau 2 Flurstraße 4/6

Molkerei-Produkte
Central-Dampfmolkerei Bettlern Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 39
Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebseinrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg

Gaststätten u. Gasthöfe
Gaststätte Hermann Kipke Familienlokal Frankfurter Straße 174

Schuh- und Lederwaren
Oswald Grunwald Tel. 21578 Tauentzienstraße 130 Tel. 21578
Lederhandlung • Zigarren • Zigaretten • Tabak

Metallbettstellen, Matratzen
Beier & Olowinsky Breslau, Herdenstr. 3 u. Schweidnitzer Str. 10/11

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränckelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Das Freiheits-Gelöbnis der Fünfzehntausend

Eher soll der letzte Mann verderben, als die Freiheit wieder sterben

Breslaus imposanteste Verfassungs-Kundgebung in überfüllter Jahrhunderthalle — Die Eiserne Front steht nach den Wahlen erst recht in vorderster Front — Kampf für Freiheit und Verfassung das Gebot der Stunde — Wer sich gegen den Willen dieser republikanischen Massen stellt, fordert den schärfsten Bürgerkrieg heraus

Es gab nicht wenige Zweifler, die behaupteten, daß jetzt so unmittelbar nach diesen so aufregenden und erschöpfenden Wahlen, daß ausgerechnet zu einer Verfassungs„feier" der Riesenraum unserer Jahrhunderthalle kaum zu füllen sei. Und doch, als man gestern abend die Jahrhunderthalle aufsuchte, wieder das gleiche Bild wie bei den besten unserer Wahlkundgebungen. Die Jahrhunderthalle bis auf den letzten Platz gefüllt, die Tribünen und die große Orgel-Empore mit eingerechnet. In den Gängen draußen das übliche rege Treiben vor der Aufstellung zum Einmarsch, drinnen auf allen Gesichtern Erwartung und Kampfentschlossenheit. Man wußte, es ist hier keine der üblichen Verfassungsfeiern mit langweiliger Rede und steifem Drum und Dran. Hier „feiert" keine Behörde, hier fordert der Republikaner. Hier spricht man von keiner „Reform", sondern hier fordert man erst einmal Durchführung der Grundgesetze von Weimar. Hier lenkt man nicht den Blick in nebelhafte Reiche, sondern sucht nach besten Sicherungen des Weges zu einer weit freieren Verfassung.

Nach dreizehn Jahren nicht bloß die imposanteste, sondern auch die ernsteste Verfassungskundgebung. Es war kein Zufall, daß sich gerade in diesem Jahre viele Tausende einfanden, mehr als in früheren Jahren, um für die Verfassung zu demonstrieren, um zu bekennen, daß eher der letzte Republikaner verderben würde, als die Freiheit zum Teufel gehen zu lassen. Wer gestern diese willensentschlossenen Massen sah, erkannte, daß jeder Versuch, die Weimarer Verfassung zu beseitigen, nicht nur auf heftigsten Widerstand stoßen würde, sondern daß ein solcher gewaltsamer Versuch nur den allerschärfsten Bürgerkrieg hervorrufen würde.

Genosse Grimme, Preußens Kulturminister, war der Redner des Abends. Er verzichtete auf billige, agitatorisch gut klingende Worte, und zeigte einmal in größeren Zügen das Werden der Weimarer Verfassung auf, und war mit diesem mehr geschichtlichen Rückblick doch aktuell, als er damit am besten allen Behauptungen, die Verfassung sei ein undeutsches Werk, entgegentreten konnte. Diese Grundgesetze sind keine Episode von dreizehn Jahren, sondern in langen Jahrzehnten herangereift. Das war die Grundtendenz seiner auch rethorisch geradezu meisterhaften Rede.

Wie bei unseren Wahlversammlungen begann auch diese Kundgebung mit dem

Einmarsch der Fahnen-Abordnungen

unter denen diesmal die Fahnen dreier studentischer Verbindungen zu sehen waren. Auch die Vertreter der einzelnen Hammerschaften waren wieder vollzählig angetreten und diesmal sogar um einige Gruppen und Mannschaften vermehrt. Die Orgelempore bot nach dem Ein- und Aufmarsch ein selten schönes Bild, das dieser Kundgebung die geeignete Umrahmung gab.

Das Orchester Breslauer Berufsmusiker

eröffnete sodann mit Beethovens Egmont-Ouvertüre das Festprogramm. Besinnung auf den Wert und die Bedeutung der Verfassung vermittelte Genosse Georg Feldmann, mit einer Rezitation von Jürgen Brand, mit dem Verlesen der wichtigsten Artikel der Weimarer Verfassung und einigen Abschnitten aus Lassalles Verfassungsschrift.

Der Männerchor Breslau

sang daraufhin einen „Festgesang" von Uthmann. Dann nahm mit großem Beifall begrüßt, das Wort

Genosse Grimme

Die Gegner der Verfassung höhnen, nun sei es mit ihr zu Ende. Da sagen wir:

Jetzt erst recht Verfassung!

Leben wir auch im Zeitalter des Artikels 48, wo Minister wider Recht und Gesetz entlassen werden, wo nur noch mit Notverordnung regiert wird, nun erst recht sagen wir: gerade darum Verfassungsgedenken. (Beifall.) Für uns Republikaner ist die Verfassung mehr als wie etwas, das wir mit dem Kopf bejahen. Für uns ist die Verfassung mehr als ein Dokument verklungener Zeiten, mehr als wie ein Gegenstand historischer Vergangenheit. Wir wissen, daß manches reformbedürftig ist, aber wir wehren uns dagegen, daß reaktionäre Einflüsse sie umgestalten.

Diese Verfassung ist keine undeutsche Angelegenheit, wie sie der Gegner hinzustellen beliebt. Es ist nicht so, daß damals von einigen Wenigen die Verfassung erdacht worden wäre. In ihr aufgefangen ist alles das, was sich bereits vor dem Kriege versuchte durchzuringen, und was durch das allerdings undeutsche wilhelminische System sich nicht durchsetzen konnte.

Ich will nur darauf hindeuten, daß schon vor dem Kriege in akademisch-wissenschaftlichen Kreisen Grundgesetze dieser Art zur Debatte standen. Da ist schon eine ganz bedeutende Wendung eingetreten, daß der Mensch mehr ist als ein Stück Natur, daß er zugleich Träger von Ideen und Werten ist. Neben der naturwissenschaftlichen, trat lange vor dem Kriege eine kulturwissenschaftliche Psychologie dafür ein. So mußte man immer mehr vom Einzel- zum Gemeinschaftsmenschen stoßen.

Wie in der Wissenschaft, so auch in der Dichtung das gleiche Thema. Immer und immer wieder hörte man in einer bisher nicht gekannten Häufigkeit das Wort Mensch, ein Wort, das damals hohen Klang hatte, das keinen einzelnen, sondern immer das Zusammengehörige, Gemeinsame ausdrücken wollte.

Diese Besinnung auf den Menschen drang lange vor dem Kriege auch auf die Gebiete der Wirtschaft ein. Mit dem schrankenlosen manchesterlichen Liberalismus ging es damals schon dem Ende zu. Ein Wirtschaftsführer wie Rathenau empfand es schon, daß die Wirtschaft keine seelenlose Organisation sein darf. Das Bürgertum horchte auf,

als die Arbeiterschaft ihr Menschsein forderte

und „die Internationale soll die Menschheit sein" hörte. Das Bürgertum, das wohl damals Schiller las, ihn aber nicht verstehen konnte, wenn gerade dieser deutsche Dichter zunächst einmal materielle Sicherung als Vorbedingung für die Menschheit hinstellte. Sehen Sie die Parallelen, die von Wissenschaft, Dichtung, Wirtschaft und Arbeiterschaft laufen?

Man spürte immer mehr, daß wichtiger als alle Lehre, alle Dogmen, alle Religion, daß wesentlicher als aller Gewinn und Produktion der Mensch ist. Solche Erkenntnis brach sich immer mehr in der Vorkriegsjugend durch, setzte hinter die damalige Kultur ein gewaltiges Fragezeichen,

sie hatte es satt, diese neue Jugend, sich nur nach ihren Nutzwert und Arbeitswert einschätzen zu lassen. Das Wort „verdienen", das von den Vätern einst groß geschrieben wurde, hatte keinen Platz mehr in ihrem Wörterbuch.

Ein neues Weltgefühl

tat sich bei ihr auf: „Mit uns zieht die neue Zeit!"

War es denn nicht während des Krieges das Gespräch in allen Schützengräben, daß mit dem Kriege das Verhältnis von Mensch zu Mensch, von Mensch zum Staat ein anderes werden müsse?

Der Mensch, der selber zupackt, ist der Demokrat, den die Weimarer Verfassung voraussetzt. Dieses Werk ist gespeist von dem Wasser des gesamten deutschen Lebensstromes, das ist Ausdruck staatspolitischer Notwendigkeit und kulturellen Sehnens zugleich. Der Staat hat damals den Menschen entdeckt. Heute steht die Frage,

ob die Entdeckung des Menschen nur eine Episode

von dreizehn Jahren gewesen ist. Um die großen staatspolitischen Prinzipien, um die Frage Volksstaat oder Schichten-, also Klassendiktatur geht heute der Kampf. Daß diese Frage in Deutschland noch nicht zum Austrag gekommen ist, macht uns bis zur Explosion des Bürgerkrieges gespannt. In der Zeit, wo andere Völker schon lange die Gesamtheit eines politischen Willens kennen, ist bei uns diese Frage noch nicht entschieden. Noch ist längst nicht die Weimarer Verfassung Besitz aller Volksglieder. Gerade was wir jetzt an demagogischer Verleumdung erleben, das unverantwortliche Gebaren großer Schichten, dessen wir täglich Zeuge sind, ist der beste Beweis hierfür. Wann wird es zum guten Ton politischen Anstandes, daß man seine parteipolitischen Bedürfnisse nicht auf offener Straße verrichten darf?

Es streiten untereinander

der Wille zur Mitverantwortung und die von früher her noch bestehende Bereitschaft zum Verzicht auf diese Verantwortung. Siegt letztere, dann wird die verheißungsvolle Entwicklung zur deutschen Nation wieder jäh unterbrochen, dann wird Deutschland wieder ein Reich von Staatsbürgern, das von einer privilegierten Schicht regiert wird.

Es gibt kein unnationaleres Verhalten, als wenn man durch Diktaturgelüste diese Entwicklung jäh unterbricht.

Wer heute wieder wie vor dem Kriege die breite Masse, die Arbeiterschichten ausschalten will, wer so seine eigene Schicht und Vaterland und Partei gleichsetzt mit Nation, der, und nicht jene „Novemberverbrecher" begeht ein Nationalverbrechen.

Wer heute bequeme Führeranbetung statt Mitverantwortung will, lädt große Verantwortung auf sich.

So geht es heute um viel mehr, als daß diese oder jene Partei regiert. Wir wollen keine Schichtendiktatur, sondern erst recht eine Verfassung, nach der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Darum können wir den Klassenkampf von oben nicht dulden, der den Klassenkampf von unten verewigt.

Der Klassenkampf des Proletariats hat von jeher das Ziel gehabt, die Klassen überhaupt verschwinden zu lassen, damit aus Klassen die wahre Nation wird. Wer die Nation will, muß den mündigen, verantwortungsbewußten Staatsbürger fordern und nicht den Diktator, der nur seine Partei im Auge hat. Diktatur bedeutet Verzicht auf Selbst- und Mitentscheidung und eigene Verantwortung.

Diktatur in Flucht vor der Verantwortung.

Es bleibt uns nur die eine Wahl: Entweder der Sklave eines fremden Willens oder freier Bürger eines Staates zu sein. Es bedarf keiner Ueberlegung, auf welcher Seite der Stärke, auf welcher Seite der Schwäche steht.

Wir wollen uns nicht ein einziges Mal, wie das die Diktatur will, entscheiden, wir wollen immer über den Staat mitzubestimmen haben. Selbstentmannung oder Selbstverantwortung ist heute die Frage.

Wir wollen den freien Menschen mit voller Selbstverantwortung. Darum bejahen wir die Weimarer Verfassung, darum sind wir für die Republik, darum kämpfen wir in diesen Tagen.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Republik und die von ihr geschaffene Verfassung schließt unter stürmischem Beifall der vielen Tausendee Genosse Grimm seine mit großer Aufmerksamkeit angehörte Rede.

* * *

Anschließend spielte das Orchester Tschaikowskys „Brand von Moskau", dann sprach Genosse Feldmann Karl Brögers Gelöbnis zur Freiheit und Verfassung, der Männerchor brachte die von Schönlank gedichtete „Kampfhymne" zu Gehör.

Einen würdigen, zur Begeisterung und zum Kampf aufrufenden Abschluß gab

der Sprechchor der „Jungen Front"

der gesamten Kundgebung. In nur wenigen Tagen nach schweren Wahlwochen war hier von Mitgliedern der Jugendverbände ein Sprech-Bewegungschor, ein Werk „Gelöbnis" von Otto Zimmermann, einstudiert worden. Wort, Bewegung, Geste zu einem Ganzen vereint, brachte die Forderung der Arbeiterschaft bildhaft zum Ausdruck. Und als abschließend Genossin Hilde Stephan als Einzelsprecherin des Chores die Kampf- und Freiheitsparolen vorsprach, bekräftigten die vielen tausend Anwesenden diese Sätze.

Wir wollen

daß nie wieder Krieg sei,
daß Menschen nicht mehr hungern.
Wir wollen freien Geist und freien Leib

und wir geloben neu

Kampf für die Freiheit
Kampf Klasse gegen Klasse
Mit uns, ihr Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!

Auch die Polizei
gedachte der Weimarer Verfassung

Die Verfassungsfeier der Breslauer Polizei fand gestern morgen unter großer Publikumsbeteiligung auf dem Platz der Republik statt. Erschienen waren sämtliche abkömmlichen Beamten von der Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Verwaltungspolizei, die Landjäger des Landkreises Breslau, die Wasserpolizei, Polizeibeamte mit Polizeihunden und ein Zug der berittenen Bereitschaft. Nachdem Regierungspräsident Happ und Polizeipräsident Thaiß die Front abgeschritten hatten, hielt der Polizeipräsident eine Ansprache. Der 11. August, so führte er u. a. aus, ruft die Polizeibeamten zusammen, um in festlicher Stimmung des Tages zu gedenken, an dem der erste Reichspräsident die Verfassungsurkunde unterzeichnete und damit die Grundlage zur neuen geordneten Entfaltung des politischen Lebens in Deutschland legte. Wir haben uns auf diesem historischen Platz eingefunden, um zu bezeugen, daß wir in Treue unserem Staate und unserem Volke dienen. Die Polizei Preußens strebt mit allen Kräften und festem Willen nach dem großen Ideal, eine wahrhafte Volkspolizei zu werden und hofft, dieses Ziel trotz aller

Widerstände, Rückschläge und Hemmnisse zu erreichen. Aus diesem Grunde muß sich im Publikum mehr als bisher das Bewußtsein durchsetzen: Es ist Dein Staat, es ist Dein Volk, das in dem einfachen Beamten, der sein Leben einsetzt, handelt. Dazu gehört natürlich ein großes Maß unerschütterlicher Objektivität, ein großes Maß von Ueberblick für den Polizeibeamten. Der Polizeibeamte ist in seinem Tun unpolitisch, nur staatspolitisch. Ich weiß, daß an der restlosen Verwirklichung dieses Zieles noch manches fehlt. Um so nötiger ist es aber, den Gedanken der Volkspolizei in den Vordergrund zu rücken. Ich habe das feste Zutrauen, daß die gesunden Kräfte des deutschen Volkes sich auf dieser Linie treffen werden. Wir werden auch in Zukunft in Treue fest zum Staate stehen.

Mit dem Vorbeimarsch der Schutzpolizei sollte die Feier beschlossen werden. Dabei ereignete sich der bereits gestern mitgeteilte Zwischenfall.

Unerhörte Freidenker-Hetze

bei der Verfassungsfeier der Behörden

Der wertvollste Teil der **Verfassungsfeier der Behörden** bestand entschieden aus den musikalischen Darbietungen der Schlesischen Philharmonie; das Vorspiel aus den Meistersingern und der 3. und 4. Satz der fünften Symphonie. Als Festredner trat Herr Mirbt vom evangelischen Presseverband auf, der es geradezu meisterhaft verstand, Inhalt, Geist und Bedeutung demokratischer Grundgesetze wie sie die Reichsverfassung einmal eines war, auch nicht entfernt in Erwähnung zu bringen. Ausgangspunkt dieser wahrhaft seltsamen Rede war ein Besuch des Herrn Mirbt bei wolgadeutschen Bauern, von denen er das in Rußland übliche Wort „Deutschländer" mitbrachte und nunmehr in blutgebundener Mystik, die für jeden national„sozialistischen" Zuhörer ein wahrer Herzensgenuß war, zu einem Referat ausweitete, welches anscheinend die Zusammengehörigkeit des deutschen Kulturkreises zum Thema hatte. Daß dabei der bedrängteste und bedrückteste Teil des Auslandsdeutschtums, Südtirol nicht erwähnt wurde, berührte die anwesenden Vertreter der nationalen Zeitungen sicher nur angenehm. Bemerkenswert war der Reichtum neuartiger Sprachschöpfungen in diesem Vortrag, in dem es von „Weistümer", „Stammestümern" wimmelte, das Wort national mit „volklich" übersetzt und statt Intellektueller „Verköpfter" gesagt wurde. Schaudernd erinnerten sich ältere Zuhörer an die „Saure Essigtunke", die man zu Beginn der großen Zeit 1914 statt Mayonäse und die „Treubruchnudeln", die man statt Makkaroni auf deutschen Speisekarten fand.

Im Prinzip gegen jedes Parteiwesen gerichtet, forderte Mirbt „Verantwortungsbewußtsein für das Staatstum" (von Hitleer?) und ritt eine scharfe, angesichts der Zusammensetzung des nicht sonderlich zahlreichen Publikums besonders taktlose Attacke gegen das Freidenkertum, pardon gegen die „westliche und östliche Gottlosigkeit", die laut zu erlassender Notverordnung schnellstens durch die „uns wesensmäßige Frömmigkeit" — in die Herr Mirbt entgegenkommenderweise Heiden- und Christentum vereinigt — zu ersetzen. Das ist nämlich, so hörten wir zum Schluß, unter anderem die „Kernaufgabe deutscher Volkspolitik". Selbstverständlich wurde daher das üble Erbe Brünings, die Gottlosenverbotsverordnung zur „deutschen Ehrfurcht vor der Frömmigkeit" gestempelt.

Die zweite Rede des Vizepräsidenten Wesemann beschäftigte sich mit Goethe und der deutschen Einigkeit, mahnte zur Achtung vor der Meinung des Anderen und bezog sich auf das Deutschland, von dem der verehrte Herr Vorredner soeben gesprochen hatte. Ein Hoch auf das in der deutschen Republik geeinte deutsche Volk — die erste Erwähnung der Republik in diesem Zusammenhang — wurde von den Vertretern der Nazipresse zwecks Dokumentierung deutschen „Volkstums" mit dem römischen Gruß aufgenommen, und zum Schluß gemeinsam das Deutschlandlied gesungen.

Es fügt sich durchaus in den Rahmen dieser seltsamen Feier einer demokratischen Verfassung, daß der Pressereferent der schlesischen SA. in der „Schlesischen Zeitung" mit Recht begeistert schreibt, „sie habe sich von den Verfassungsfeiern vergangener Jahre wirkungsvoll dadurch abgehoben, daß zum ersten Male wirklich offene Worte der Kritik zu hören waren, an der sonst über den grünen Klee gelobten Weimarer Verfassung."

Ein Bekenntnis zur Demokratie gab es bei dieser Feier erst, als am Ausgang einige Sozialdemokraten den durch die Staatsstreichregierung abgesetzten Oberpräsidenten Gen. Lüdemann stürmisch mit dem Freiheitsgruß begrüßten.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat
Gewerkschaftshaus, Zimmer 107—110
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr

Sozialistische Arbeiterjugend

Heim 4. Heute Erwerbslosenheim, Siebenhufener Straße, Bunter Abend, Leitung Genosse W. Moebus.
Heim 7 (Flurstraße 8, Gth. I.). Heute Leseabend: Jack London: „Vom Leben des jungen Arbeiters." (Leitung: Genosse Hartig.)

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 1. Unsere Fahrt nach Henningsdorf müssen wir wegen eines unvorhergesehenen Zwischenfalles um eine Woche verschoben.
Abteilung 4 (Nikolaitor). Heute alle Falken 15,30 Uhr am Westpark zu Außenspielen: Sonnabend alle Falken von 17 bis 19 Uhr in der Andersenschule Turnen. Sonntag alle Falken 7 Uhr am Westpark zur Tagesfahrt; wir sind um 18 Uhr zurück.
Abteilung 5 (Gräbschen). Rotfalken treffen sich Sonntag früh um 6,30 Uhr am Olextank; wir gehen auf Tagesfahrt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Am Sonntag findet im Poseidonbad um 15 Uhr ein Schwimmfest der Freien Schwimmer statt. Allen Kameraden wird der Besuch desselben empfohlen. Karten sind im Büro zu haben.
Abteilung Nord: Sämtliche Funktionäre der Abteilung erscheinen am Dienstag, den 16. August, in der Turnhalle, Fürstenschule, um 20 Uhr in Zivil.
Banner 1 (Jahn): Sonnabend 20 Uhr bei Klenner, Kreuzstraße 44, Pflichtversammlung.
Banner 2 (Hörsing): Heute 19,30 Uhr bei Torschalla, Gellhornstraße 21, Pflichtversammlung aller Kameraden. Angehörige und Mitglieder der Eisernen Front haben Zutritt.
Banner 11 (Reuter): Heute 20 Uhr Monatsversammlung im Bergkeller. Funktionäre erscheinen bereits um 19 Uhr. Anschließend Materialausgabe.
Banner 12 (Freiligrath): Heute 20 Uhr Schmiedebrücke 20 Monatsversammlung mit Kamerad Steiner.
Banner Deutsch-Lissa: Morgen 20 Uhr bei Zirker Mitgliederversammlung mit Kamerad Alexander.

Gesunde Frau — Gesundes Volk

Eine zeitgemäße Schau des Deutschen Hygiene-Museums Dresden.

Breslau-Scheitnig,
vom 27. August bis 25. September, Ausstellungsgelände

Eine zeitgemäße Schau ist der Untertitel der Ausstellung, die der Gesundheitsdienst des Deutschen Hygiene-Museums neu geschaffen hat. Wenn wir von einer zeitgemäßen Ausstellung sprechen, so geschieht das mit voller Absicht. Es ist so recht eine Ausstellung für diese Notzeit. Sie will aber nicht etwa, das muß gleich hinzugefügt werden, die große Not unseres Volkes zur Darstellung bringen — dann hätte es keinen Zweck gehabt, sie zu schaffen! —, sondern sie will vielmehr zur Ueberwindung der Not beitragen. Sie will der Frau sagen und beweisen, wann, wo und wie sie sparen kann, d. h. mit geringem Kosten- und Kräfteaufwand den größtmöglichen Nutzen erzielt und wie sie trotz der schwierigen Verhältnisse ohne neue Geldausgabe an Leib und Seele gesund bleibt und die Ihren gesund erhält. Das sind die zwei Hauptthemen der Ausstellung: 1. Welches sind die Verpflichtungen der Frau gerade heute? 2. Wie kann sie diese Verpflichtungen auch heute noch erfüllen?

In diesem Rahmen werden die Bedeutung der Frau für das Volksganze, die Anforderungen, die an sie als Gattin und Mutter, als Hausfrau und als berufstätige Frau gestellt werden, behandelt. Es wird gezeigt, wie sie ihre Aufgaben erfüllen und welche Erleichterungen man der Frau bei den großen an sie gestellten Anforderungen verschaffen kann.

80 Prozent aller Einkäufe gehen durch die Hand der Frau. Es ist deshalb nur natürlich, daß den wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen ein besonders breiter Raum gewidmet ist. Richtig einkaufen und richtig wirtschaften, dazu gehört Wissen und Können. Die Ausstellung hilft auch hier; sie vermittelt das notwendige Wissen und gibt wertvolle Anregungen gleich am praktischen Beispiel.

Das Deutsche Hygiene-Museum ist seinen bewährten Methoden in der Ausstellungstechnik treu geblieben und hat sie unter Verwertung der gesammelten Erfahrungen bei dieser neuen Ausstellung noch weiter ausgebaut und vervollkommnet. Auf eine ganz leichtverständliche und lebendige Darstellung ist ausschlaggebender Wert gelegt worden. Die Ausstellung enthält nur vollkommen neu geschaffenes Anschauungsmaterial. Es sind keine Objekte aus früheren Ausstellungen übernommen worden.

Die Ausstellung wird durch eine Sonderschau Breslauer Behörden und Institute, sowie durch den Anschluß einer einschlägigen Industrieabteilung noch erweitert. Es werden ferner Vorträge, Film- und Lichtbildvorführungen und Schnellkurse über Säuglingspflege, Krankenpflege, Erste Hilfe usw., um eine gründliche Auswertung zu gewährleisten, mit der Ausstellung verbunden. Auch ärztliche Führungen und Sonderdarbietungen sind vorgesehen, die für die Frau von Wert sind. Wir werden hierüber laufend in der Tagespresse berichten. Bitte beachten Sie diese Ankündigungen. Breslau-Scheitnig ist nach Stuttgart, Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M. die fünfte Stadt, in der die Ausstellung zur Durchführung kommt; sie wird im Ausstellungsgelände vom 27. August bis 25. September gezeigt und ist täglich von 10 bis voraussichtlich 20 Uhr geöffnet. Sonderbesichtigungen sind aber auch zu jeder anderen Zeit möglich, wenn vorherige Anmeldung erfolgt.

Das Deutsche Hygiene-Museum ist gezwungen, zur Deckung der Unkosten, die bei einer so großen und umfangreichen Ausstellung sehr beträchtlich sind, ein Eintrittsgeld zu erheben. Es wird aber ganz niedrig festgesetzt in der Erwartung, daß jede Frau, jedes heranwachsende Mädchen die Ausstellung besucht. Es lohnt sich bestimmt! Auch die Männer geht die Ausstellung an. Sie werden ebenfalls auf ihre Kosten kommen und wertvolle Erkenntnisse sowie nützliche Anregungen mit nach Hause nehmen.

Das Eintrittsgeld beträgt: 50 Pf. für Erwachsene; es wird auf 30 Pf. ermäßigt bei Abgabe des an den Handzetteln befindlichen Gutscheines. Diese Handzettel werden an Behörden, Krankenkassen, Betriebe, Vereine und andere Organisationen in gewünschter Anzahl kostenlos zur Verteilung ausgehändigt. 20 Pf. für Schüler bis zu 16 Jahren. 20 Pf. für Erwerbslose. 10 Pf. für Schüler bei klassenweisem Besuch.

Alle mit der Ausstellung verbundenen Sonderdarbietungen sind für die Besucher kostenlos. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die umfangreiche Sondergruppe über Schwangerschaft, Geburt, Sexualhygiene, Abtreibung usw. in abgetrennten Räumen gezeigt wird, zu denen Personen unter 16 Jahren keinen Zutritt haben.

Werbematerial wird ohne Berechnung abgegeben, und zwar vom Verkehrsverein, Schweidnitzer Straße 43 b (Ecke Hummerei), Fernruf 52 421. Plakate im Format 60×90 Zentimeter und 40×60 Zentimeter, zum Aushang bei Behörden, in Geschäften, in Betrieben usw., Rundschreiben, zur Benachrichtigung von nachgeordneten Dienststellen und befreundeten Organisationen; Handzettel und Gutscheine zur Verteilung an Einzelpersonen. Alle Behörden, Vereine, Organisationen werden dringend gebeten, das Deutsche Hygiene-Museum bei der Unterbringung und Verteilung dieses Werbematerials zu unterstützen. Sie helfen damit nicht nur das gute Werk des Museums fördern, sondern sie nützen sich auch selbst. Anfragen bitten wir schriftlich oder telephonisch an die Breslauer Messe- und Ausstellungsgesellschaft, Fernsprecher 43 341 zu richten.

Wir bitten Sie, das Deutsche Hygiene-Museum in seinen Bestrebungen zu unterstützen und der Ausstellung recht viele Besucher zuzuführen; dann wird sie ihren Zweck erfüllen und reichen Segen stiften.

Falscher Mittelschullehrer als Warenschwindler

Der Kaufmann Paul Gerhard Schneider, in Breslau-Zimpel, Reiherweg 58 wohnhaft, mietet möblierte Zimmer, wobei er sich als Mittelschullehrer Helmut Weidlich, Robert Winkler, Ernst Reimann und Reichsbahnsekretär Julius Symann ausgibt. Auf diese Namen läßt er sich von auswärtigen Firmen Anzugstoffe und Wäsche senden, nimmt die Ware auf den von ihm angegebenen Namen in Empfang, mietet wieder ein anderes Zimmer unter einem anderen Namen und bestellt weiter Waren. Ferner schädigte er Firmen dadurch, daß er sich unter falschem Namen als Vertreter einstellen ließ, Musterkollektionen in Empfang nahm, diese nicht mehr zurückgab, den Firmen größere fingierte Aufträge einsandte und dafür unberechtigt Provisionen erhielt. Schneider ist 26 Jahre alt, 1,74 Meter groß, schlank, hat blondes Haar, gesundes längliches Gesicht, blaue Augen und trägt dunklen Anzug. Im Betretungsfalle wolle man Schneider der Polizei zwecks Festnahme übergeben. Zweckdienliche, auch vertrauliche Mitteilungen über eventuellen Aufenthalt des Schneider, erbittet das Polizeipräsidium, 10. Komm., Zimmer 519.

Beim Baden ertrunken

Gestern gegen 15,30 Uhr wurde eine männliche Person beim Baden in der Oder abgetrieben, die dann etwa 400 Meter vor der Koseler Werft ertrank. Die Bergungsarbeiten der Feuerwehr waren erfolglos. Am Ufer der Badestelle wurden außer Bekleidungsstücken, Wäsche und ein Fahrrad Marke Brennabor vorgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um den 20jährigen Arbeiter Herbert B. aus der Frankfurter Straße 73 handelt.

Ueberfahrene Kinder

Als der Vermessungsgehilfe Sch. aus der Graupenstraße gestern gegen 17,25 Uhr die Julius Schottländer-Straße mit seinem Motorrade entlang fuhr, bog kurz vor ihm die radfahrende 9jährige Schülerin Anneliese T. aus der Johann-Wolfgang-Straße plötzlich nach links, wurde von dem Motorrade erfaßt und zu Boden geschleudert. Auch der Motorradfahrer und seine auf dem Soziussitz befindliche Ehefrau kamen zu Fall. Die Verletzungen aller drei Gestürzten waren leichterer Natur. Fahrrad und Motorrad wurden beschädigt.

Der Kaufmann D. aus der Augustastraße fuhr am 10. d. M. gegen 11,40 Uhr mit seinem Personenkraftwagen IK 3815 den Benderplatz in Richtung Trebnitzer Platz entlang. Vor dem Grundstück Benderplatz 5 lief plötzlich, aus den Anlagen heraus, der 4jährige Knabe Kurt P. aus der Mehlgasse in die Fahrbahn des Wagens. Obwohl der Kraftwagenführer sofort mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bremste, wurde der Knabe doch noch überfahren. Der Kraftwagenführer brachte den Verletzten sofort in das St. Georgen-Krankenhaus, wo der Arzt eine starke Kopfwunde, Blutergüsse und Hautabschürfungen am rechten Oberarm und Bein feststellte.

Eine unpolitische Schlägerei

Das gibt es noch

Gestern gegen 12,15 Uhr befuhr der Arbeiter B. aus der Selenkestraße mit seinem Fahrrade die Neue Schweidnitzer- aus Richtung Kaiser-Wilhelm-Straße. Am Tauentziendenkmal lief ihm der Arbeiter R. aus der Rendorfstraße in das Fahrrad. Infolge dieses Zusammenstoßes entspann sich zwischen beiden Beteiligten eine Schlägerei, in dessen Verlauf der Arbeiter B. zu Boden fiel und eine stark blutende Wunde am Kopfe davontrug. Durch das von Passanten herbeigerufene Krankenauto wurde der Verletzte nach dem Brüderkloster gebracht. Anzeige ist erstattet.

Nazi-Ueberfall

auf einen Kommunisten.

Der Polizeibericht meldet: In der vergangenen Nacht, kurz vor Mitternacht, wurde der 37jährige Schneider Paul O., wohnhaft Damaschkestraße, als er mit seinem Fahrrade den Rotkehlchenweg passierte, angeblich ohne jeden Grund überfallen. Er erhielt, wie er angibt, einige Schläge über den Kopf und trug Verletzungen davon. Auch stürzte er vom Rade. Den hinzugekommenen Polizeibeamten gelang es, zwei der [illegible] Täter am Spediteurweg zu [illegible]. Ein dritter Täter wurde gleichfalls ermittelt. Nach der [illegible] wurden zwei [illegible] aufgefunden, die zu [illegible] [illegible]. Nach Angabe der Zeugen soll mit [illegible] auf den Radfahrer eingeschlagen worden sein. Der Verletzte gehört der KPD. an, während die Täter der NSDAP. angehören.

Beim Ladendiebstahl überrascht

Am Mittwoch wurde die 49jährige Ehefrau H., im Kreise Oels wohnhaft, dabei getroffen, als sie sich von den Verkaufstischen eines Kaufhauses in der Ohlauer Straße Waren aneignete. Sie wurde festgenommen und das Diebesgut der geschädigten Firma wieder ausgehändigt.

Nazi-Penne in Breslau-Tschansch abgebrannt

SA.-Posten unter Gewehr — Trotzdem bricht Feuer aus — Dazu dumm-frech-blöde Lügen der Nazi-Presse über die Brandursache

In dem am Eingang zum Ostpark an der Ofener Straße liegenden und unter der Bezeichnung „Knopfmühle" bekannten Wirtschaftsgrundstück — es gehört der Stadt und ist verpachtet — brach am Mittwoch mittag Feuer aus. Es war der Heuboden in Brand geraten. Zirka 100 Zentner Heu und der gesamte Dachstuhl des etwa 25 Meter langen Gebäudes wurden vernichtet. Die städtische wie auch die Tschanscher freiwillige Feuerwehr war mit der Bekämpfung des Feuers und der Abräumung der Brandstelle fast vier Stunden beschäftigt.

* * *

Die „Knopfmühle" ist der Oeffentlichkeit seit langem als Nazi-Penne bekannt und auch in normalen Zeiten bei den Besuchern des Ostparks und den Bewohnern des Tschanscher Ortsteils wegen der sich dort zahlreich herumtreibenden fragwürdigen SA.-Gestalten als üble Nazi-Spelunke verrufen. Nicht nur erst seit den Wahltagen ist dort ständig ein größeres SA.-Kommando untergebracht, welches die Umgegend andauernd beunruhigt und mehrfach der Polizei Anlaß zur Razzia gab, auch das als Ueberfallwagen bekannte Fleischerauto IK 3832 ist dort eingestellt. Und deshalb war es mehr wie interessant, während des Brandes, der zahlreiches Publikum angelockt hatte, einige Beobachtungen zu machen — respektive die republikanischen Bewohner des Ortsteils Tschansch —, die aber sicher auch für die Polizei von aufschlußreicher Wichtigkeit wurden. Gemütvoll, wie die Nazis nun einmal sind, wurde die Penne von einem SA.-Posten unter Gewehr bewacht. Denn als das Feuer sich an dem eingelagerten Heu ergötzte, wurde gleichzeitig in einem dicht daneben stehenden Gebüsch ein Karabiner gefunden. Sonstige Ausrüstungsgegenstände der legalen SA. wurden schleunigst auf ein herbeitelephoniertes Lastauto verfrachtet und nach unbekannter Richtung verschoben.

Nach diesem kleinen Momentbildchen darf nicht der dummfreche und sich als einzige Lüge darstellende Bericht des Breslauer Nazi-Organs über die Entstehungsursache des Brandes unerwähnt gelassen werden. Diese für Schwindel geradezu patentierte Zeitung behauptet, daß die Marxisten das Feuer angelegt hätten. Man stelle sich vor: Erstens bewacht die SA. mit einem Schießprügel Tag und Nacht das Grundstück, zweitens ist dieser abgebrannte Heuboden nur von außen her mittels Leiter zu erreichen und drittens ist das Feuer zur Mittagszeit entstanden, Umstände, die sämtlich gegen eine Brandstiftung durch Fremde spricht. Die Methode: „Haltet den Dieb!" ist nicht immer anwendbar. Andererseits läßt der dazu erschienene amtliche Polizeibericht ganz andere Vermutungen über die Brandursache zu. Die Bewohner der Nazi-Penne werden also schon wissen, warum sie Brandstiftung von „marxistischer Seite" behaupten lassen.

Gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Fahrraddieb festgenommen

Der 30jährige Zimmermann Günther Pohl, zurzeit ohne feste Wohnung, der wegen Eigentumsvergehens wiederholt vorbestraft ist, wurde seit Monaten zur Strafverbüßung gesucht. Seine Freiheit benutzte er, um gewerbsmäßig und gewohnheitsmäßig Fahrräder aus verschlossenen Kellern zu entwenden. Es konnten ihm bisher 18 derartige Fälle nachgewiesen werden. Zurzeit wird noch geprüft, ob Pohl noch für andere, insbesondere gleichartige Diebstähle als Täter in Frage kommt. Alle Personen, die von Pohl Fahrräder in Verwahrung genommen oder gekauft haben, werden gebeten, sich unverzüglich mit der Kriminalpolizei in Breslau, Eichbornstraße, Zimmer 544 in Verbindung zu setzen, um nicht in den Verdacht der Hehlerei zu kommen. Daselbst werden auch sonstige zweckdienliche Angaben über das T[illegible] und Treiben des Festgenommenen entgegengenommen.

[illegible]. Am Dienstag, dem 9. August, gegen 14 Uhr, wurde von einem Lastauto am Bahnhof West ein Beutel, enthaltend 10 Pfund Röstkaffee, im Werte von 25 RM., gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt. Zweckdienliche Angaben erbittet das 17. Kriminalkommissariat.

[illegible]
feiert heute der Schlosser Alfred [illegible] und seine Ehefrau Klara, geb. Nitschmann, [illegible]straße [illegible]. Er ist langjähriges Partei- und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leser der „Volkswacht". Wir gratulieren!

Silberhochzeit
feiert heute der Anschläger Oskar Nitschmann und seine Ehefrau Bertha, geb. Richter, Maltestraße 2. Er ist 25 Jahre in Partei und Gewerkschaft und ebensolange „Volkswacht"-Leser. Wir gratulieren!

Bäckermeister Warnes, Schillerstraße 15,
legt Wert auf die Mitteilung, daß er nicht mit den Nazis sympathisiert, und die Notiz, die wir dieser Tage über sein Verhalten brachten, insofern nicht den Tatsachen entspricht, als die Hakenkreuzfahne nicht aus seinem Fenster herausgehangen hat. Auch bestreitet seine Frau, die Aeußerung getan zu haben.

Ein Opfer des Kaufkraftmords

Berliner Beamtenwirtschaftsverein zahlungsunfähig

Der seit 30 Jahren bestehende Beamten-Wirtschaftsverein zu Berlin, der 120 000 Mitglieder zählt, und dem Christlichen Reichsverband der Deutschen Konsumvereine organisatorisch nahesteht, hat am späten Montag-Abend die Einstellung der Zahlungen beschlossen.

In einer Erklärung des Vereins wird die Zahlungseinstellung mit dem Interesse der Gläubiger, besonders aber der Sparer des Beamten-Wirtschaftsvereins begründet. Es werde ein Vergleich angestrebt, der auf eine volle Befriedigung besonders der Spargläubiger abziele. Der Grund der Zahlungseinstellung sei mangelnde Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität), die auf eine Schrumpfung des Sparkassenbestandes zurückzuführen sei. Die 1929 noch 16,5 Millionen Mark betragenden Spareinlagen, wovon damals die Hälfte flüssig war, sei auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Die Krise der beamtenwirtschaftlichen Zusammenbrüche im Sommer und Herbst 1929 hätte leicht überstanden werden können, jedoch hätten die Folgen der allgemeinen Bankenkrise vom Juli 1931 bis heute nachgewirkt. Wenn bisher unter Einrechnung der gutgeschriebenen Zinsen 11 Millionen Spareinlagen in bar ausgezahlt worden seien, so liege hier eine Leistung vor, denen nur wenige Institute gewachsen gewesen seien. Die Vorbereitungen zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens seien im Gange. Der Warenverteilungsbetrieb wird uneingeschränkt aufrecht erhalten.

Der Beamten-Wirtschaftsverein zu Berlin hat in Berlin und Umgebung etwa 120 Filialen, außerdem ein Warenhaus und eine Sparkassenorganisation. Organisatorisch und auch revisionstechnisch gehört er zum Christlichen Verband Deutscher Konsumvereine, der dem Zentrum nahesteht. Soweit es möglich war, wurde der Verein bisher auch von der Gepag, der Großeinkaufsgesellschaft der Christlichen Konsumvereinsorganisation, finanziell gestützt. Der Umsatz soll im letzten abgeschlossenen Jahre rund 18 Millionen Mark betragen haben. Die 120 000 Mitglieder haben je 60 Mark Mitgliedsbeiträge, also insgesamt 7,2 Millionen Mark Geschäftsanteil-Vermögen eingezahlt. Bei den 120 000 Mitgliedern dürfte sich eine große Anzahl Papiersoldaten befinden; sonst wäre der niedrige Durchschnittsumsatz von 120 Mark pro Kopf nicht leicht zu erklären.

Wie wir erfahren, haben die finanziellen Schwierigkeiten, die besonders von der Sparkasse kamen, schon seit längerer Zeit bestanden. Noch Ende voriger Woche sind in den Reichsministerien Verhandlungen wegen einer finanziellen Stützung geführt worden. Die Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Man wird deshalb die Zahlungseinstellung als eine vorsorgliche Maßnahme betrachten dürfen, einmal um bis auf weiteres Neuabhebungen von Spareinlagen und eine weitere Schwächung der finanziellen Grundlage zu verhindern und zum anderen, um eine ungestörte Fortführung des Verkaufsgeschäftes durchführen zu können. Man darf es für wahrscheinlich halten, daß durch das Zusammenwirken des Vorstandes des Verbandes der christlichen Konsumvereine mit den Regierungsstellen und mit der Reichsbank doch noch längerfristige Kredite locker gemacht werden können, um eine Aufrechterhaltung des Beamten-Wirtschaftsvereins sicherzustellen. Es ist bekannt, daß schon seit vielen Wochen Verhandlungen über einen großen Kredit zugunsten der Konsumvereinsverbände laufen, für den eine Reichsbürgschaft gegeben werden soll und über den das Reichskabinett in der nächsten Zeit die Entscheidung treffen soll.

Gegenüber den früheren beamtenwirtschaftlichen Zusammenbrüchen ist im Falle des Berliner Beamtenwirtschaftsvereins zu sagen, daß Schiebungen und Unredlichkeiten nicht vorliegen. Sicher ist es so, daß die Leitung des Beamten-Wirtschaftsvereins eine so schwere und andauernde Wirtschaftskrise bei der Anlage der Sparkassengelder nicht vorhergesehen hat und daß die Gelder weniger flüssig gehalten worden sind, als sie für so schwere Zeiten hätten gehalten werden müssen. Es handelt sich hier aber im wesentlichen um eine echte Wirtschaftskatastrophe, deren Eintritt dadurch beschleunigt worden ist, daß die vielfachen Gehaltssenkungen auch bei den Beamten vielfach zur Unterschreitung des Existenzminimums geführt haben, wodurch der Rückgriff auf die Spareinlagen beim Beamten-Wirtschaftsverein unvermeidlich wurde. Die Unruhe unter den Beamten und Sparern ist freilich ganz bedeutend durch die nationalsozialistische Agitation gefördert worden, die wegen der Befürchtungen einer Inflation auch die Spareinlagen des Vereins bedroht erscheinen ließ.

Man muß bedauern, daß eine rechtzeitige Stützung des Beamten-Wirtschaftsvereins durch öffentliche Kredite nicht sichergestellt werden konnte. Wenn man bedenkt, daß hunderte von Millionen zur Stützung der Banken und Dutzende von Millionen zur Stützung der gewerblichen Mittelstandsgenossenschaften bereit gestellt wurden, so hätte man erwarten dürfen, daß die Hilfe des Staates in diesem Falle stärker in Erscheinung treten würde, als es geschehen ist. Auch die Reichsbehörden und die Reichsbank müssen sich sagen, daß die beste kaufmännische Disposition und die größte Vorsicht in der Geschäftsführung angesichts des systematischen Kaufkraftmordes, wie er in Deutschland durchgeführt worden ist, den an einem bestimmten Punkte zwangsläufig eintretenden Finanzschwierigkeiten nicht mehr gewachsen sein kann. Man muß es als ein Unrecht bezeichnen, wenn Beamtensparern, wie es im Falle des Beamten-Wirtschaftsvereins geschehen wird, Einbußen an ihren Ersparnissen zugemutet werden, die durch eine langfristige Stützung hätten vermieden werden können. Gerade bei Verbraucherorganisationen sind solche Stützungen gerechtfertigt, da eine wieder ansteigende Konjunktur sofort die finanziellen Grundlagen erheblich verbessert und in dem schnellsteigenden Umsatz alle Garantien zur Rückzahlung gewährter Kredite gegeben sind.

Reichsbankausweis vom 6. August

Nach dem Reichsbankausweis vom 6. August hat die erste Augustwoche eine starke Entlastung von den zum Ende Juli gewährten Krediten gebracht. Rund die Hälfte der in Anspruch genommenen Kredite kam zur Rückzahlung. Die Wechselbestände gingen um 63,6 auf 3043,9, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 20,5 auf 27,1 und die Lombarddarlehen um 117,9 auf 106,2 Millionen Mark zurück. Auf dem Konto der zinsfreien Girogelder ergab sich eine Verringerung um 45,7 auf 333,9 Millionen Mark. Der Notenumlauf verringerte sich um 144,8 auf 3822,1 Millionen.

Die Gold- und Devisenbilanz der Reichsbank blieb auch in der vergangenen Woche wieder im Gleichgewicht. Die Goldbestände nahmen um 3,2 auf 763,0 Millionen ab, dafür vermehrten sich aber die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 3,5 auf 141,4 Millionen Mark. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen hat sich gegenüber der Vorwoche um 22,5 auf 23,4 Millionen Mark verbessert. Die Summe der umlaufenden Noten lag am 6. August um rund 500 Millionen Mark niedriger als zur gleichen Zeit des vorigen Jahres.

Neue Roggenstützung

Der Reichsernährungsminister hat eine neue Roggenstützungsaktion in Gang gesetzt. Auch diese Aktion dient der Stützung der Roggenpreise, wobei einem freilich das Verständnis für die Notwendigkeit der Maßnahme nicht leicht fällt, denn der jetzige Roggenpreis von 8 Mark je Doppelzentner ist wahrlich ein annehmbarer Preis. Die Roggenstützungsaktion wird diesmal so durchgeführt, daß die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft deutschen Roggen und deutsche Gerste aufkauft und in Verbindung mit den noch vorhandenen Russenroggen in den Schweinemastgebieten als Viehfutter verkaufen soll. Der Abgabepreis für die Tonne des Gemisches ist auf 160 Mark festgesetzt. Um den Landwirten nach der Ernte hohe Preise zu sichern, wird zunächst nur Inlandsroggen und -gerste eingesetzt, Auslandsroggen erst vom Dezember und Januar an.

Die Stützungsabsicht für die Roggenpreise ist klar zu erkennen. Weniger klar ist aber, wie der Reichsernährungsminister seine Behauptung wahrmachen will, daß mit dem festgesetzten Preis von 160 Mark je Tonne oder 16 Mark je Doppelzentner ein Vorteil für die Schweinemäster gegeben sei. Die Förderung der Veredelungsproduktion wird von der Reichsregierung alle Tage verkündet. Tatsache ist aber, daß außer dem Kraftfutter zur Mästung eines Zweizentnerschweins 5 Doppelzentner Getreide notwendig sind, die 80 Mark kosten (Aufzuchtskosten noch gar nicht gerechnet) und daß für ein Zweizentnerschwein gegenwärtig nur ein Preis von 90 Mark erzielt wird. An eine Rentabilität ist offenbar unter diesen Verhältnissen nicht zu denken, und die vom Reichsernährungsminister in Anspruch genommene Förderung der Veredelungswirtschaft wird durch die Tatsachen Lügen gestraft. Nach wie vor hält die Junkerregierung an der Benachteiligung der Veredelungswirtschaft durch die Förderung der Junkerinteressen fest.

Das Gebot der Stunde!

Lesen und Lesenlassen die Volkswacht

Kauft nur in den Geschäften

die in der „Volkswacht" inserieren. Meidet unbedingt alle Firmen, die sich weigern in unserem Blatte, der **„Volkswacht"** zu inserieren, oder es ablehnen, diese Zeitung zu abonnieren!

Kauft nur dort ein

wo die „Volkswacht" ausliegt und der Besitzer des Lokals Inserent unserer Zeitung ist. Überall laßt euch eure Zeitung vorlegen.

Unterstützt alle unsere Aufträge

(Kleidung, Schuhwerk, Malerarbeiten, Wohnungseinrichtungen und dergl.) nur an die Abonnenten oder Inserenten unseres Blattes.

Laßt uns friedlich, laßt uns schön wohnen

nur dort, wo ihr euer Blatt, die „Volkswacht" vorfindet.

Solltet ihr im Zweifel sein, dann wendet euch an die Austrägerinnen der „Volkswacht" oder an die Geschäftsleitung eures Blattes. Dort erhaltet ihr jederzeit Auskunft über Inserenten und Abonnenten.

Pflicht aller ist es – so prima Zeitung, die Volkswacht treu zu zeigen!

Der Siegener Maschinen-Aktiengesellschaft ist es gelungen, einen Russenauftrag von über 3 Millionen zu erhalten. Es kommen zur Ausführung Walzwerkanlagen für Bleche, Qualitätsbleche und Feineisen durch die Abteilung Maschinenfabrik Klein bei Siegen, wodurch eine große Anzahl von Arbeitern und Angestellten für acht bis zehn Monate Beschäftigung erhält. Man hofft, durch noch schwebende Verhandlungen eine Erhöhung des Auftrages zu erreichen.

Arbeiter-Sport

Frauen-Werbewoche

Für das ganze Bundesgebiet der Arbeiter-Sportvereine ist für sämtliche weiblichen Bundesmitglieder in diesem Sommer eine Werbung angesetzt, von der nach Möglichkeit alle Vereine Gebrauch machen sollen. Auch die Genossinnen der Breslauer Arbeitersportvereine wollen diesen Aufruf nicht ungehört lassen, sondern sich an dieser Werbung beteiligen.

Für alle weiblichen Bundesmitglieder der Breslauer Sportvereine ist dafür die Woche **von Montag, den 15. bis Sonntag, den 21. August, in Betracht gezogen worden.** Den Turnerinnen- und Frauen-Abteilungen der Freien Turnerschaft Breslau ist es zur Pflicht gemacht worden, im Laufe dieser Woche ein Werbeschauturnen zu veranstalten, um für die Abteilung neue Mitglieder zu gewinnen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn auch die anderen Vereine, die zum Teil selbständige Frauengruppen haben, diese Anregung aufgreifen würden, um auch hier ihre Mitglieder zu aktivieren und zur Ausgestaltung einer Werbeveranstaltung heranzuziehen. Die Vorarbeit bringt neues Leben in die Gruppenabende hinein und wenn die Sache mit Begeisterung gemacht wird, kann man auch bald einen Mitgliederzuwachs verbuchen. Sonntag, der 21. August ist als **gemeinsame Veranstaltung** sämtlicher Sparten gedacht, wofür das Bad der Freien Schwimmer an der Nakonsbrücke in Betracht gezogen wurde. Turnerinnen, Sportlerinnen, Schwimmerinnen, Ruderinnen sowie Kanufahrerinnen sollen vereint an der Ausgestaltung des Festes mitwirken. Der Eintrittspreis wird so festgelegt werden, daß es den Arbeitermassen, vor allen Dingen der Arbeiterfrau, möglich sein wird, an diesem Fest teilzunehmen.

Genossinnen und Frauen, die ihr bereits bei uns in den Sportvereinen Mitglied seid, werbt für diese Veranstaltung. Treibt Propaganda, wo ihr nur könnt! Erklärt allen, daß wir keine Rekordläger sind und auch nie sein wollen, daß wir in erster Linie danach trachten, unseren Körper gesund zu erhalten und daß wir es als Freude betrachten, unter Gleichgesinnten nicht nur unseren Körper zu stählen, sondern auch für die Bewegung einzutreten und zu kämpfen. Macht daher alle Arbeiterfrauen und -Mädels auf unsere Werbewoche aufmerksam, damit sie unsere Veranstaltungen und unseren Hauptfesttag besuchen. Aktivität ist das Stichwort für unsere nächsten Turnabende und Zusammenkünfte. Keine Genossin und Sportlerin schließt sich aus, alles arbeitet mit für die

Frauen-Werbewoche vom 15. bis 21. August

Breslauer Ringererfolg in Berlin

bei dem stattgefundenen Wettstreit in Berlin-Tegel am 7. August, konnten sich Herbert Schmidt (1897) im Fliegengewicht und Heinrich Strauch (1897) bei 14 Teilnehmern im Federgewicht den ersten Preis erkämpfen. Im Leichtgewicht mußte Hammer, Langenbielau, mit 5 Siegen den Kampf aufgeben wegen Armbruch.

Fußball

Bezirksfußballeitung. Den Vereinen zur Kenntnis, daß gegen den Arbeiter-Sportverein Pfeil der Ausschluß aus dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund e. V. wegen schweren bundesschädigenden Verhaltens beantragt worden ist. Der Verein ist ab sofort für jeden sportlichen Verkehr mit unseren Bundesvereinen gesperrt. Die für den 14. August angesetzten Spiele fallen aus.

Bezirkskassierer. Alt-Bergel wird aufgefordert, seine Verpflichtungen bis zum 14. August zu begleichen, sonst Spielverbot.

Schiedsrichterausschuß, Achtung! Das Spiel Schlesien I gegen Oswitz I ist vormittags 9,30 Uhr im Stadion an der Ziegelei. Schiedsrichter bleibt derselbe; Nr. 245.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität"

Am 14. August **Ortsgruppenausfahrt** nach Peiskerwitz bei Herrnprotsch, Start 6 Uhr und 13,30 Uhr am Striegauer Platz.

Jugendabteilung. 14. August, Badetour ohne Ziel, Start 7 Uhr am Blücherplatz.

Kindergruppe. 14. August, Badetour nach Sandberg, Start 7 Uhr am Striegauer Platz.

Kraftfahrerabteilung. 14. August, Ausfahrt nach Gloischau bei Dyhernfurth, Start 7 und 13 Uhr, am Gandauer Flughafen. Fahrordnung: Geschlossener Zug, Fahrtleiter: Genosse Haasler.

Kraftwagendiebstahl

Am 11. August wurde in der Gartenstraße der Personenkraftwagen Marke Opel mit dem Erk.-Z. IK 56 506, Motor- und Fahrgestellnummer 7454, 8 PS., 6 Zylinder, gestohlen. Der Kraftwagen war weinrot lackiert. Zweckdienliche Angaben erbittet das 9. Kriminal-Kommissariat.

Plötzlicher Tod

Gestern gegen 20,15 Uhr erlitt die 70jährige Arbeiterin Auguste H., wohnhaft in der Weinstraße, auf der Hundsfelder Straße plötzlich einen Schlaganfall. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche wurde der Anatomie zugeführt.

Konzerte · Theater · Vergnügungen

Schlesische Philharmonie. Heute 20 Uhr Konzert der Schles. Philharmonie in der Terrassengaststätte an der Jahrhunderthalle unter Leitung von Hermann Behr. Aus dem Programm: Zweite Ungarische Rhapsodie von Liszt; Drei ungarische Tänze von Brahms; Sinfonie Nr. 6 in F-dur von Beethoven. — Am Sonnabend 20 Uhr findet das 13. Südpark-Konzert unter Leitung von Hermann Behr statt. Zum Vortrag gelangen u. a. folgende Werke: Concerto grosso in D-dur von Händel; Jupiter-Sinfonie von Mozart; Ouvertüre zu „Der Barbier von Bagdad" von Cornelius. — Die ausgegebenen Sechserkarten haben für beide Veranstaltungen Gültigkeit. Bei ungünstiger Witterung finden die Konzerte im Saal statt.

Varieté Wappenhof. Nur noch heute die von großem Beifall umrauschten Attraktionen des ersten August-Programms. 20 Uhr großer Wappenhofball, zwei Kapellen.

Amtlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

In den Sudetenländern haben wir durch Zufuhr von subpolaren Warmluftmassen mit heiterer, trockener Witterung und mit weiter zunehmender Erwärmung zu rechnen. Erst ab Anfang nächster Woche haben wir mit Gewitterbildungen zu rechnen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei schwacher Luftbewegung heiter, trocken, warm.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Wechselnder Wind, vorwiegend heiter, trocken, warm.

Sonnenaufgang: 4,37 Uhr — Sonnenuntergang: 19,32 Uhr

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Eine Terroristenschule

„Theoretische“ Ausbildung im Handgranatenwerfen — Sturmführer Krettick bewaffnet die Kursisten

Der Waldenburger Polizeipräsident hat in einer Besprechung mit der Presse Aufklärungen — wann wird so etwas in Breslau gemacht? — zu den politischen Ausschreitungen und Attentaten der letzten Tage gegeben. Die polizeilichen Untersuchungen erstreckten sich nach drei Richtungen: Die Täter wurden in nationalsozialistischen bzw. kommunistischen Kreisen gesucht, und außerdem wurde die Möglichkeit erwogen, daß Betrunkene im Anschluß an eine festliche Veranstaltung die Ausschreitungen begingen. Die letztere Annahme erwies sich als haltlos. Die übrigen Untersuchungen sind noch im Gange. Da die Täter als Motorradfahrer bzw. als Automobilisten geschildert werden, haben sich die Erhebungen auf zahlreiche Motorräder und Automobile erstreckt. Die Ermittlungen bezüglich der Motorräder blieben bisher erfolglos, hinsichtlich der Autofahrer besteht ein Verdacht, der vor der Aufklärung steht.

Die in der Nacht von Montag zu Dienstag erfolgten **Festnahmen von drei bewaffneten Nationalsozialisten** haben die Polizei zu einer größeren Aktion gegen das Nazilager in Fürstenstein veranlaßt. Die mit Schußwaffen festgenommenen SA.-Leute, zwei Landwirtssöhne aus dem Kreis Striegau, hatten nämlich folgendes ausgesagt: Sie sind unbewaffnet aus ihrer Heimat zu einem sogenannten Lehrkursus nach Fürstenstein berufen worden. Sie wurden Montag abend in die Schreibstube gerufen. Dort waren insgesamt zehn SA.-Leute anwesend,

die von dem Sturmführer Krettick aus Ober-Salzbrunn Waffen und Anweisungen erhielten. Fünf Mann erhielten Schußwaffen, während fünf Mann mit Schlagwaffen ausgestattet wurden. Sämtliche zehn Mann setzten sich auf ihre Räder und Krettick fuhr als Führer voran. Geplant war eine Fahrt nach Weißstein. Krettick wollte vorausfahren. Er hatte Zivilkleidung an und trug das Freiheitsabzeichen der Eisernen Front. Verabredet war, daß Krettick auf der Straße „Frei Heil!“ rufen sollte. Darauf hoffte man, Zusammenstöße mit kommunistischen Arbeitern erzielen zu können. Krettick wollte darauf entsprechende Signale geben. Ein Pfeifensignal sollte das Zeichen zum Absteigen von den Rädern geben. Zwei Pfiffe sollten zum „Losschlagen“ aufrufen.

Die beiden Verhafteten verfuhren sich in dem ihnen unbekannten Terrain und konnten am Friedhofsweg in Weißstein festgenommen werden. Später wurde dann der SA.-Führer Krettick verhaftet. Die weiter beteiligten acht SA.-Leute konnten sich der Festnahme entziehen. Die beiden verhafteten SA.-Leute sind geständig, während Krettick jede Aussage verweigert. Da es nach diesen Aussagen feststand, daß die Waffen im Marstall in Fürstenstein ausgegeben werden, wurde eine ganze Bereitschaft Schutzpolizei zur **Durchsuchung dieses Nazilagers angesetzt.** Waffen wurden nicht gefunden. Es halten sich in Fürstenstein etwa 150 SA.- und SS.-Leute auf, die an einem sogenannten Lehrkursus teilnehmen. Sie werden angeblich körperlich geschult und erhalten „theoretische“ Ausbildung im Waffengebrauch und in der Benutzung von Handgranaten. Eine Möglichkeit, das Lager in Fürstenstein zwangsmäßig aufzuheben, besteht nach Ansicht der Polizei nicht.

* * *

Die „Schlesische Bergwacht“ schreibt hierzu: Es darf eigentlich für jeden unbefangenen Menschen nun keines Beweises mehr, daß die Attentäter in nationalsozialistischen Kreisen und vor allen Dingen im Lager in Fürstenstein zu suchen sind. Daß von diesen Kreisen auch die anderen Attentate ausgehen, die in der letzten Zeit hier in der engeren und weiteren Umgebung verübt wurden, ist ohne weiteres anzunehmen, wenn man beachtet, daß in **Fürstenstein „theoretische Ausbildung im Handgranatenwerfen“ stattfindet.** In fast 90 Prozent aller Fälle handelte es sich bei den Attentaten der letzten Zeit um Handgranatenwürfe.

Die Polizei hat kein Recht, das Lager in Fürstenstein aufzuheben! Nun greifen Sie ein, Herr stellvertretender Reichskommissar Bracht! Sie sollten Severing ersetzen, um „Ruhe und Ordnung“ in Preußen zu schaffen!

Fürstenstein ist für einen großen Teil Schlesiens der Unruheherd geworden, aus dem bald haushohe Flammen schlagen können.

Wir haben den Nachweis geführt, daß von dort bewaffnete Banden planmäßig in das Waldenburger Bergland vorstoßen, um Attentate und Angriffe auf eine friedliche Bevölkerung zu verüben. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit **fordern wir die Auflösung dieses „Lehrkursus“ der Nationalsozialisten.** Am Abend gehen diese Menschen auf Mord aus und tagsüber maßen sie sich in unerhörter Weise Polizeigewalt an. Ungezählte Beschwerden aus Einwohnerkreisen liegen darüber vor, daß friedliche Passanten das Begehen der Wege in der Gegend um Fürstenstein von nationalsozialistischen „Patrouillen“ verwehrt wird. Von den Passanten werden auf diesen für den öffentlichen Verkehr freigegebenen Wegen „Ausweise“ verlangt und bei dem geringsten Widerspruch wird mit Gewaltanwendung gedroht.

Der Polizeipräsident in Waldenburg und seine bis zur Aufopferung pflichteifrigen Beamten setzen vergeblich Gesundheit und Leben ein, fordern umsonst die Bevölkerung zur Beruhigung auf, solange der Unruheherd in Fürstenstein besteht und solange die Möglichkeit und die höchste Wahrscheinlichkeit besteht daß täglich von dort bewaffnete Banden Mordüberfälle in das Waldenburger Bergland und darüber hinaus unternehmen.

Ueberfall auf Arbeiter-Jugend

Wann kommt die Besatzung des Banditenautos 2160 vor das Standgericht?

Gestern nachmittag wurden Angehörige der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Maltsch a. O., die auf dem Fahrrad von der offiziellen Verfassungsfeier in Neumarkt kamen, in der Kurve kurz vor dem Weg Schöneiche—Falkenhain **von einem aus zwei Kraftwagen, einem Personenauto und dem nachgerade berüchtigten „Ueberfallwagen“ 2160 der SA. bestehenden, uniformierten Rollkommando der Heinesgarde überfallen.** Im Moment, in dem die Besatzung die fahrenden Jugendlichen sahen, stoppten die Wagen ab und die Heinesgardisten sprangen wie üblich ab, um sich auf die wehrlosen vereinzelten Gegner zu stürzen.

Einem der Radfahrer, der sich auf dem Weg zur Montage und in Arbeitskleidung befand, wurden, während er mit Gewalt angehalten wurde, sämtliche Taschen revidiert; einem anderen Genossen jagte das ganze Rollkommando nach. Er konnte sich nur unter Zurücklassung seines Fahrrades retten, worauf die „aufbauwilligen Kräfte“ des Herrn Reichskanzlers ihre Wut an dem Eigentum des Verfolgten ausließen und das **Fahrrad bis zur Unbrauchbarkeit demolierten.** Die anderen Jugendlichen wurden mit Faustschlägen mißhandelt und ihrer Mützen mit Abzeichen beraubt.

* * *

Der Wagen 2160 ist von uns bereits mehrfach bei organisierten Ueberfällen festgestellt worden; so in Oltaschin am Wahlsonntag, wo die gesamte Bevölkerung von diesen Banditen terrorisiert wurde und nur dank der Besonnenheit der Oltaschiner Arbeiter kein Blutvergießen entstand.

Wir fragen die Polizei, wem gehört dieser Wagen, für welche Zwecke ist er zugelassen? Soll die Zulassung weiter aufrechterhalten bleiben? **Wir fragen den Staatsanwalt,** sind Ermittlungen zur Feststellung der Wagenbesatzung aufgenommen? Werden diese zwecks organisierter Ueberfälle auf friedliche Staatsbürger im Lande herumreisenden politischen Banditen wegen Landfriedensbruch belangt? Wird das Standgericht, das politischem Terror, wie er hier in krasser Form zum Ausdruck kam, entgegenwirken soll, sich mit diesem Vorfall beschäftigen?

SA.-Mörder vor dem Standgericht

Mordtat in Potempa aufgeklärt

Die weiteren Ermittlungen der Landeskriminalpolizei Oppeln im Verein mit der Landjägerei haben in der Mordaffäre Pietczuch in Potempa, Landkreis Gleiwitz, zur Verhaftung von zehn SS.- und SA.-Leuten geführt, die der Tat völlig überführt gelten. Die Tat stellt sich nach den bisherigen Ermittlungen als ein bestialischer Mord dar. Die Leiche weist unzählige Verletzungen auf. Wie weiter ermittelt wurde, versuchte die Gruppe noch zwei weitere Ueberfälle auf politische Gegner, die jedoch mißlangen, da die Betreffenden auf der Hut waren.

Die Vernehmung der neun verhafteten SA.- und SS.-Leute war am Donnerstag nach vierstündiger Dauer um 21 Uhr abgeschlossen. Die Akten wurden nunmehr der Staatsanwaltschaft zugeleitet. Es steht noch nicht fest, ob der Prozeß am Sonnabend oder erst Anfang nächster Woche stattfinden wird. Vorsitzender in dieser im Sondergerichtsverfahren durchgeführten Verhandlung ist Landgerichtsdirektor Himl, während als Beisitzer die Land- und Amtsgerichtsräte Dr. Stahl und Hoffmann fungieren.

Terror geht weiter

In Grünberg wurde in den frühen Morgenstunden des Mittwoch, wie erst jetzt bekannt wird, gegen das Grundstück des Gaswerksangestellten Markert, das am Rande der Stadt liegt, eine Stielhandgranate geworfen. Im ersten Stock des Hauses befindet sich die Wohnung des sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorstehers, Karl Lindner, Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, gegen den sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Anschlag richtete.

Die Handgranate ist an der Hauswand abgeprallt. Sie entzündete sich nicht und wurde 1½ Meter von der Hauswand im Markert'schen Garten gefunden und polizeilich sichergestellt.

* * *

In Zerbau Krs. Glogau, richteten nachts ein Auto und ein Motorrad, die Scheinwerfer auf das Wohnhaus des Gemeindevorstehers Hohberg; gleich darauf fielen vier Schüsse. Sie galten offenbar, der im zweiten Stock gehißten Freiheitsfahne.

* * *

In Groß-Strehlitz OS. wurden in der Nacht auf das Finanzamt mehrere Schüsse abgegeben, von denen sechs die Mauer des Finanzamtes trafen, während ein Schuß durch die Balkontür in das Zimmer drang, in dem der Sohn des Finanzamtsvorstehers schlief; er blieb jedoch unverletzt. Weitere Schüsse wurden auf das Wohnhaus eines Baumeisters und eines früheren Kreisamtsgehilfen sowie gegen eine weitere Wohnung abgegeben. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

* * *

Auf dem Ring in Guttentag wurde in der Nacht zum Donnerstag eine Handgranate geworfen, die in einem Pfarrgrundstück und dem Grundstück eines Fleischermeisters zahlreiche Fensterscheiben zertrümmerte.

Der nasse Tod

Das schöne Wetter lockte gestern zwei Liegnitzer Brüder mit ihrem Paddelboot per Bahn nach Maltsch, von wo aus sie eine Fahrt stromabwärts unternehmen wollten. Nachdem sie auf der rechten Oderuferseite unweit der Fähre ihr Boot zusammengebaut hatten, ruderten sie nur einige Buhnenlängen nieder-

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk Mittelschlesien

Der Bezirksvorstand beruft hiermit für Sonntag, den 14. August, vormittags 10 Uhr,

eine Bezirkskonferenz

nach dem kleinen Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau ein. Außer den teilnahmeberechtigten Mitgliedern können an der Konferenz noch teilnehmen: die Abgeordneten von Reich, Land, Provinz und Gemeinden, sowie interessierte Parteimitglieder.

Parteimitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Der Bezirksvorstand.

wärts, als das Boot umschlug. Während der eine Paddler ans Ufer schwimmen konnte, trieb der Andere mit dem Boot vor ein vor Anker stehendes Schiff wo er sich noch geraume Zeit am Schiff festklammern konnte, als jedoch zu Hilfe eilende Personen nach ihm griffen, entglitt er ihren Händen, verschwand unter dem Boden des Schiffes und konnte nicht mehr lebend geborgen werden.

Tschechnitz. Bäckermeister Mücke legt Wert darauf, festzustellen, daß er zwar Hakenkreuzbonbon, nicht aber, wie ein neckischer Druckfehlerteufel in unserer gestrigen Ausgabe vorgab, Hakenkreuzbomben, verkaufe.

Herr Staatsanwalt wir fragen an?

Einige Tage vor der Reichstagswahl sprach in Reichenbach, wo gestern die SS. das verunglückte Attentat auf den Genossen Paeschke versuchte, der SA.- und SS.-Kommandant für Schlesien, Fememörder Heines. Wie es bei solchen Veranstaltungen üblich ist, fühlten sich die zum Schutze des Versammlungsredners zahlreich zusammengezogenen Nazis so stark, daß sie politische Gegner provozierten und angriffen. Unter anderem gingen sie gegen einige Kommunisten tätlich vor. Ein Kommando Waldenburger Schutzpolizei, das zur Aufrechterhaltung der Ordnung hinzugezogen war, nahm darauf zwei Nazis fest. Sofort griff Heines ein, **entriß der Polizei einen der Verhafteten, zog ihn in seinen Kraftwagen und fuhr mit ihm davon.** Nach kurzer Zeit erschien er bei dem Polizeimajor, der inzwischen das Kommando über die Schutzpolizei übernommen hatte, und forderte diesen auf, **den zweiten Verhafteten innerhalb fünf Minuten herauszugeben.** Andernfalls drohte Herr Heines, wie wir jetzt wissen, Führer einer Terroristenorganisation, daß seine Leute das Rathaus stürmen würden. Während die Schutzpolizeibeamten unter Führung des Waldenburger Hauptmanns selbstverständlich zur Abwehr dieser unerhörten Anmaßung entschlossen waren, hat der Major seltsamerweise die Freilassung des Nazis verfügt; er soll von dem Reichenbacher Bürgermeister zu dieser Maßnahme veranlaßt worden sein. Herr Heines hat sich hier unzweifelhaft der Beamtennötigung, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Gefangenenbefreiung schuldig gemacht. Ist gegen Heines Strafantrag gestellt worden oder gelten die deutschen Gesetze nur noch für Sozialdemokraten und Kommunisten, nicht aber für die Mitglieder von organisierten Mordvereinen?

Polizeiaktion im Stadt- und Landkreis Görlitz

Angesichts der letzten Terrorakte wurde im Stadt- und Landkreis Görlitz in der Nacht zum Donnerstag eine große Polizeiaktion durchgeführt. Im Landkreis und an der Stadtgrenze wurden abends und nachts alle Fahrzeuge und ihre Insassen und nach Personen auf Waffen durchsucht. Es wurden jedoch lediglich im Stadtkreis einige Personen festgestellt, die sich unbefugt im Besitz von Waffen befanden. Drei Pistolen, ein Schlagring und eine Stahlrute wurden beschlagnahmt. Eine Person wurde in Haft behalten.

Die Oder im Juli

Die Wasserführung der Oder war im allgemeinen günstig; nur an zwei Tagen sank die Tauchtiefe unter 1,50 Meter. Hingegen ging der Kohleumschlag in Coselhafen ständig zurück. Es wurden umgeschlagen an den Kippern rund 141 000 Tonnen gegen rund 192 000 Tonnen im Vormonat. Das ergibt eine durchschnittliche tägliche Arbeitsleistung von rund 5400 Tonnen gegen rund 6400 Tonnen im Vormonat.

Die Arbeitsdienstlager des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“

Der Gau Mittelschlesien des Reichsbanners richtet, wie der Sozialdemokratische Pressedienst meldet, in den Gemeinden Zeyslau und Groß-Osten im Kreis Guhrau ein Lager für freiwilligen Arbeitsdienst ein. In ihm dürften nach den bisher vorliegenden Anmeldungen mindestens 350 Kameraden aus dem mittelschlesischen Gau untergebracht werden. Die arbeitsfreiwilligen Reichsbannerleute sollen mit Regulierungsarbeiten im Ueberschwemmungsgebiet der Bartsch beschäftigt werden.

[illegible] **Kommunistenversammlung aufgelöst.** Die Polizeipressestelle meldet: Mittwoch wurde auf der [illegible] in Zaborze eine kommunistische Versammlung aufgelöst, die trotz des Burgfriedens tagte. 128 Kommunisten wurden zwangsgestellt und nach Waffen durchsucht. Die Durchsuchung verlief ergebnislos. 124 Personen wurden nach ihrer Vernehmung und Feststellung ihrer Personalien entlassen. Die beiden Redner Bernhard Gwoldz und Alfred Hanzel aus Hindenburg-Zaborze wurden ins Polizeigefängnis gebracht.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon [illegible]
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von [illegible] Uhr

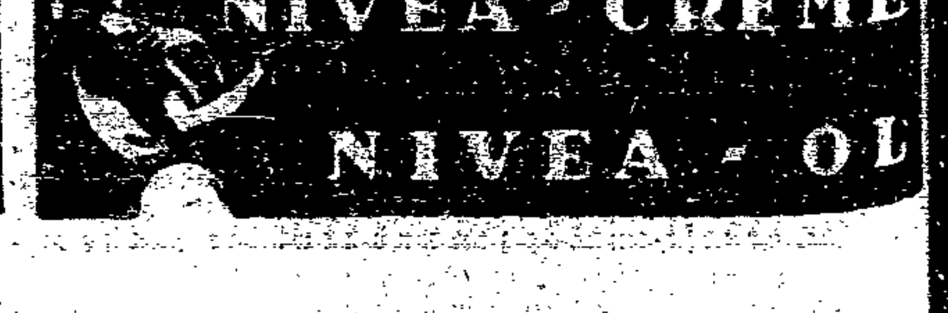
Brockau. Freitag, den 12. August, 20 Uhr, bei Mende Mitgliederversammlung mit Reichsbanner. Redner Gen. Schiffer.

Schottwitz. Sonnabend, den 13. August, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Prescha. Genosse Schiffer hält ein politisches Referat. Anschließend Aufstellung der Kandidaten für die Gemeindewahl.

Sacrau. Sonnabend, den 13. August, Mitgliederversammlung um 20 Uhr, bei Rönsch. Redner Gen. Schindler. Alle Parteimitglieder müssen anwesend sein.

Rothfürben. Sonntag, den 14. August, um 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Hahn. Redner Genosse Lehmann.

Miltschen. Sonntag, den 14. August, Mitgliederversammlung bei Materne. Redner Genosse Schiffer. Beginn 4 Uhr nachmittags.



Kommissar Wensley

Der Mann, der Sherlock Holmes beschämte

In hohem Alter verstarb dieser Tage der frühere Kriminalkommissar Wensley — der dritte der berühmten „Big Four", der vier großen Kanonen des Londoner Polizeipräsidiums von Scotland Yard. Nur einer, der Inspektor Neil, lebt gegenwärtig noch. Die Beerdigung Wensleys gestaltete sich zu einer monumentalen Kundgebung. Gewiß, er war „der Schrecken der Unterwelt" gewesen — doch die schätzte ihn als einen anständigen Gegner. So geschah es denn, daß jetzt auf Wensleys Sarge ein Haufen Kränze von unbekannter Herkunft, Grüße ohne erkennbaren Absender, lagen, die wahrscheinlich aus Unterweltskreisen kamen.

Wensley begann seine Laufbahn als einfacher Bobby, aber bald wußte England, daß es in ihm einen der besten menschlichen Spürhunde von Scotland Yard besaß. Kaum ein Kriminalschriftsteller konnte sich so verworrene Rätsel ausdenken, wie dieser einfache rechtschaffene Beamte sie löste. Berühmt wurde Wensley durch die Aufdeckung eines bestialischen Mordes an einem armen polnischen Juden in Witechapel. Die Affäre erregte riesiges Aufsehen in London, da zunächst völlig schuldlose in den Verdacht der Täterschaft geraten waren. Die wirklichen Mörder waren zwei Matrosen, die noch einige weitere Verbrechen auf dem Gewissen hatten. Sie wurden später hingerichtet.

Im Osten von London machte monatelang die sogenannte Sidney-Street-Bande die Gegend unsicher. Mord und Ueberfälle waren an der Tagesordnung. Man hatte Conan Doyle versuchshalber gebeten, die Angelegenheit aufzuklären. Der geistige Vater des Sherlock Holms versagte in der Praxis täglich. Er bekam nichts heraus. Wensley verschwand auf mehrere Wochen in der Unterwelt. Als er wieder auftauchte, hatte er die Banditen unschädlich gemacht.

Kurze Zeit darauf entlarvte Wensley den seit langem gesuchten Versicherungsagenten Seddon, der seine Frau mit Gift aus dem Leben geräumt hatte, um sie zu beerben. Seddon war der erste Versicherungsmörder, den es überhaupt je gab. Er endete durch den Strang.

In die Dutzende geht die Zahl der Mörder, die ihre Opfer erstückelten und doch von Wensley entlarvt wurden. Voison, Robinson, Thorne und Mahon — alle hatten sie geglaubt, alle belastenden Indizien beseitigt zu haben, alle hatten die ihre Rechnung ohne den Meisterdetektiv gemacht. Wensley überführte die Verbrecher mit einer unheimlichen Sicherheit. An einem einzigen Haar hing oft buchstäblich ein Menschenleben. Ein Stück Haut, ein Fingernagel oder sonst ein anscheinend belangloses Indiz war oft das letzte Glied in der Kette der Logik dieses Kriminalisten.

Es zeugt für den Mut Wensleys, daß er in einem Falle selbst vor dem Staatsanwalt nicht Halt machte. Ein rätselhafter Giftmord war an dessen Frau verübt worden. Der Staatsanwalt war in den Augen der übrigen Kriminalisten über jeden Verdacht erhaben. Für Inspektor Wensley gab es nichts Unmögliches. Er ließ sich nicht zurückhalten, auch einmal einem Staatsanwalt Handschellen anzulegen. Im geheimen hatte er bereits einen lückenlosen Schuldbeweis erbracht. Der Staatsanwalt hatte seine eigene Frau vergiftet, das Gericht bestätigte es später. Der Mörder im Talar endete im Zuchthaus.

Hunderte von schweren Verbrechen hat Wensley aufgedeckt. Aber stets richtete er auch sein Augenmerk darauf, Verbrechen zu verhüten. Durch rechtzeitiges Eingreifen hat Wensley Millionenbeträge aus den Händen der Unterwelt gerettet. Stets pflegte er zu sagen: man gebe mir nur einen Zentimeter Vorsprung, und ich werde das Rennen schon machen! Manchmal hatte er nur einen Millimeter Vorsprung. Trotzdem blieb er immer Sieger. Und als seinen schönsten Sieg im Kampfe ums Recht empfand er, daß einmal durch sein Eingreifen in letzter Minute ein armes Dienstmädchen, das in einen schweren falschen Verdacht geraten war, nicht dem Henker verfiel.

Sühne für die Grabschändungen in Dessau

Das Schöffengericht in Dessau verurteilte den 20 Jahre alten Arbeiter Paul Bieler zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Er hatte Ende Juni gemeinsam mit zwei von ihm angestifteten Schuljungen empörende Grabschändungen auf dem alten Dessauer evangelischen Friedhof verübt, wobei etwa hundert Grabdenkmäler umgeworfen oder zerstört wurden.

Veruntreuungen eines Bremer Getreidemaklers

Der Mitinhaber der bekannten Bremer Getreidemaklerfirma Gebrüder Riese, Ernst Riese, ist seit einigen Tagen verschwunden. Man nimmt an, daß er unter Mitnahme von rund 70 000 RM. ins Ausland, wahrscheinlich nach Holland, geflüchtet ist. Ernst Riese war es gelungen, größere Mengen Getreide in seinen Besitz zu bringen, die er jedoch sofort zu Schleuderpreisen auf den Markt warf, um seine Gläubiger zu befriedigen. Da keinerlei Deckung vorhanden ist, sollen die Lieferanten einen Schaden von etwa 50 000 RM. haben, während eine angeblich mit 20 000 RM. an der Firma beteiligte Bremer Bank Sicherheiten in Händen haben soll. Gegen Ernst Riese ist Steckbrief erlassen worden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß er sich vor kurzem einen Auslandspaß hatte ausstellen lassen.

Proleton

Tonfilmbühne

Sahlitzstr. 20, Häfchenstr. 49 Beginn 1/2 6, u. 1/2 8 Uhr

Ab Freitag, d. 12 bis Donnerstag, d. 18. August

Eine Lachwoche mit zwei erstklassigen Lustspielen

Renate Müller, Hermann Thimig in

Mädchen zum Heiraten

mit Fritz Grünbaum, Szöke Szakall

Ein filmisches Kunstwerk, eine flotte, lustige Geschichte, ein fröhlicher, schmissiger Film, der vergnügt und heiter macht

Neueste Ton-Wochenschau

Die schwebende Jungfrau

Ein Lustspiel-Schlager mit Szöke Szakall, Fritz Schulz

ARBEITER-SPORT-KARTELL

Schweres Autounglück bei Würzburg

Zwei Tote, mehrere Verletzte.

In der Stadt Brückenau ereignete sich heute nachmittag ein schweres Autounglück. Ein mit sieben Personen besetzter Kraftwagen fuhr in einer Kurve mit voller Wucht gegen die Treppe des Amtsgebäudes und überschlug sich dabei. Einer der Insassen, der Landwirt Johann Müller, war auf der Stelle tot, während ein zweiter, namens Joseph Karger, so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf starb. Von den übrigen Insassen wurden zwei schwer verletzt, zwei trugen leichtere Verletzungen davon. Der Führer des Kraftwagens, der mit dem Schrecken davonkam, wurde von der Polizei in Haft genommen.

Bluttat beim Festessen

Bei einem sich an eine Jagd anschließenden Festessen im Hause des Großmüllers Aujesky in Neutra (Tschechoslowakei) erschoß der jüngere Bruder des Gastgebers dessen durch ihre Schönheit bekannte Ehefrau. Der Mörder flüchtete in die Berge des Magura-Gebirges. Als er sah, daß er von Gendarmen verfolgt wurde, erschoß er sich am Abgrund einer Schlucht. Die Gendarmen bargen den Leichnam aus der Tiefe. Welche Motive den Mörder zu seinem Verbrechen trieben, ist nicht bekannt.

Attentat auf Millets berühmtes „Angelus"-Bild

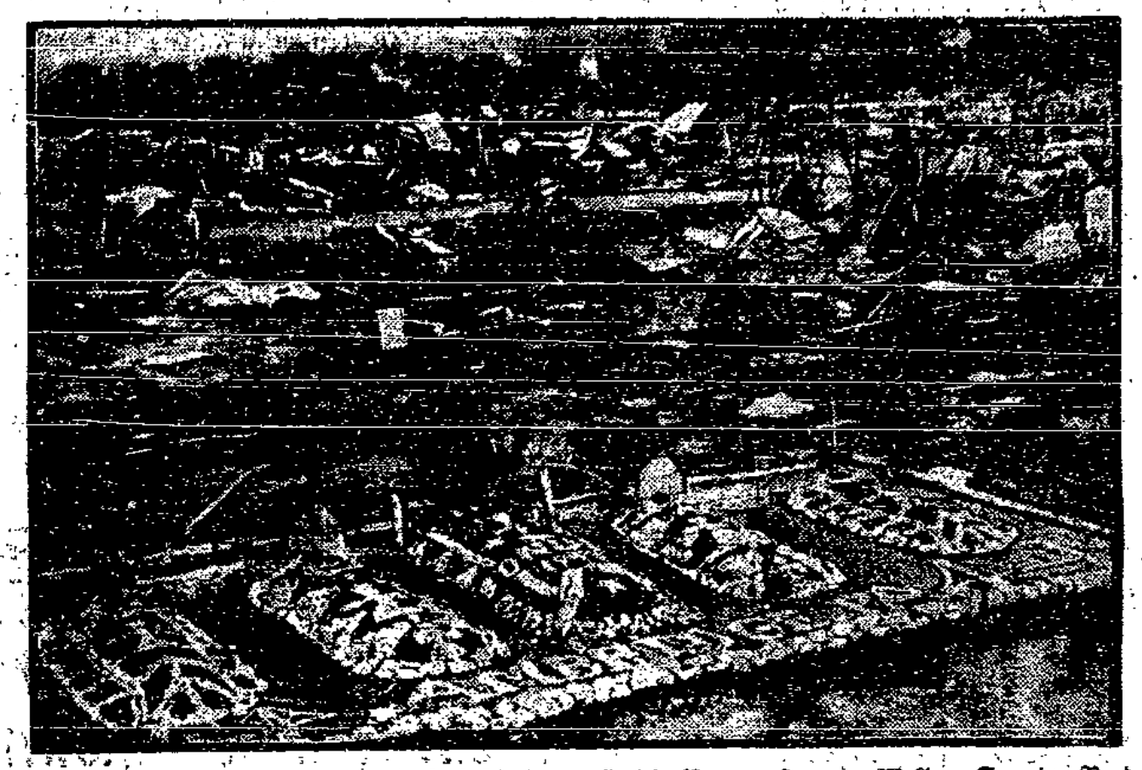
Im Louvre in Paris wurde das berühmte Gemälde „Angelus" von Millet mit einem Rasiermesser schwer beschädigt. Der Täter, ein 31jähriger Ingenieur, ist festgenommen worden. Er konnte bei seinem Verhör keinen stichhaltigen Grund für seine Tat angeben. Man glaubt, es mit einem Geistesgestörten zu tun zu haben. Die Konservatoren des Louvre sind der Ansicht, daß das Bild wiederhergestellt werden kann.

Das berühmte Bild „Angelus" von Millet (1815—1875) stellt ein Bauernpaar dar, wie es beim Abendgeläute die Arbeit auf dem Felde unterbricht und in stiller Andacht verharrt, solange die Glocke ertönt. Das Epochemachende im Werke des französischen Meisters bestand darin, daß zum ersten Male Gestalten aus dem Volke, aus der Welt der Arbeit zur Darstellung von erhabenen Motiven verwendet wurden.

Der Graf und das Tippfräulein

In der bekannten Diplomatenfamilie Pourtales in Frankreich ist ein blutiges Liebesdrama vorgefallen. Der zum Schweizer Zweig der Familie gehörige 30jährige Graf Johann Pourtales hatte sich in ein Schreibmaschinenfräulein verliebt. Das Liebespaar unternahm am Mittwoch eine Kahnfahrt auf dem Genfer See in der Nähe von Vevey. Es kam zwischen beiden Liebenden zu einem Streit. Das Schreibmaschinenfräulein zog plötzlich einen Revolver und schoß ihrem Geliebten eine Kugel durch den Kopf. Der junge Graf wurde schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. In dem Glauben, ihn getötet zu haben, richtete die Frau die Waffe gegen sich selbst und beging Selbstmord.

Die USA.-Veteranen begruben Hoover



Die amerikanischen Veteranen, deren Lager auf Befehl der Regierung zerstört wurde, hatten Gräber angelegt, auf die sie die Namen Hoover, Mellon, Senator Reed und Davis schrieben. Unser Bild zeigt diese merkwürdigen Gräber, dahinter das vernichtete Lager.

Schwere Bluttat im Dombrowaer Gebiet

In Modrzejow im Dombrowaer Revier ereignete sich in den heutigen Vormittagsstunden eine schwere Bluttat. Ein gewisser Zdechnik, der seit langem mit seinem Nachbarn in Unfrieden lebte, wollte ihn heute Nacht erschlagen und lauerte ihn vor seinem Hause auf. Als gegen Morgen ein Mann durch den Garten das Gehöft betrat, stürzte sich Zdechnik auf ihn und schlug ihn mit einem Hammer nieder. Nachdem der Mann in seinem Blute liegend aufgefunden worden war, stellte es sich heraus, daß es sich um einen völlig Unbeteiligten handelte, den Zdechnik in der Dunkelheit für seinen Gegner gehalten hatte.

Der Bochumer Ausreißer wieder gefaßt

Der vorgestern aus einer Wartezelle des Bochumer Landgerichtsgefängnisses von einem Unbekannten entführte Strafgefangene Heinrich Wichelmann wurde gestern in der Wohnung einer übel beleumdeten Familie angetroffen und festgenommen, ebenso wie eine in seiner Begleitung befindliche Person, die wegen Einbruchsdiebstahls gesucht wurde. Der Wohnungsinhaber wurde verhaftet.

Die Meisterschwimmer

Bei der Olympiade in Los Angeles sind die scheinbar unüberwindlichen japanischen Schwimmer beim Kraulen über 400 Meter geschlagen worden in einem mit Spannungsmomenten überladenen Rennen siegte der Amerikaner Crabbe in der Rekordzeit von 4:48,4 vor Taris-Frankreich (4:48,5), drei Japanern und einem Australier. Im 100-Meter-Rückenvorrennen wies der Deutsche Küppers eine gute Form auf; er siegte mit 1:08,4 gegen den Japaner Kitokawa. Die Nürnberger Springerin Olga Jordan blieb im Kunstspringen hinter der ersten USA-Klasse zurück, belegte aber vor allen anderen Nationen den vierten Platz. Die deutschen Ruderer wurden geschlagen. Die amerikanischen, kanadischen und italienischen Ruderer zeigten sich zwar nicht stilvoller, aber zäher und kraftvoller als die Deutschen. Bei den Boxern schlug im Bantamgewicht der Deutsche Zyglarski den Franzosen Nicholas nach Punkten, ferner der Mittelgewichtler Bernmüller-Deutschland den Neuseeländer Lowe. Die deutschen Boxer Kartz (Leichtgewicht), Berger (Halbschwergewicht) und Kohlhaas (Schwergewicht) haben die Kämpfe gegen ihre Partner verloren.

Die bösen Streiche von Peter Lustig und Josef Eisenbart

Text von A. M. Zeichnungen von Bartolid. (Nachdruck verboten.)

33.

Ach, vergebens! Die Polizisten holten sie unerbittlicherweise ein. Aber dann geschah etwas Entsetzliches. Einer der Polizisten zog nämlich seinen Revolver und schoß in die Luft. Josef zog vor lauter Schrecken das Lenkrad vier Schläge nach links, so daß das Boot plötzlich einen ungewollten Flankenangriff machte und auf die Haute flog, ausgerechnet vor die Räder der Polizisten, die einer nach dem andern dagegen prallten und wie Zweibecker in die Höhe flogen.

34.

Der Lange, der durch den Stoß zum sowielten Male ins Wasser gefallen war, kroch heraus, gerade im Augenblick, wo die Polizisten, von den Trümmern ihrer Motorräder begleitet, wieder auf die Erde fielen. Peter meinte, das Beste sei, man mache sich aus dem Staube, aber der Lange rief aus: „Das wäre doch nicht nett, diese armen Kerls nur so liegen zu lassen! Sie haben doch nichts als ihre Pflicht getan!" Und gerührt über die eigene Großmut putzte sich der Lange kräftig und nachdrücklich die Nase.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Neu gesattelt

Ausklang des Sattlerverbandstages

Der Verbandstag der Sattler und Tapezierer, der dieser Tage in Stuttgart stattfand, hat seine Beratungen abgeschlossen. An der Führung des Verbandes war in der Aussprache über die Vorstandsberichte nichts Wesentliches beanstandet worden. Der Verbandstag sprach daher dem Hauptvorstand mit überwältigender Mehrheit — mit allen gegen drei Stimmen — das Vertrauen aus. Die besoldeten Mitglieder des Hauptvorstandes wurden einstimmig wiedergewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: Lillig, Steinführ, Osten, Zander und Strauß. Die Anträge einiger Ortsgruppen (Chemnitz, Hagen und Essen), die sich gegen die politische Haltung des Fachorgans sowie gegen den wegen verbandsschädigenden Verhaltens vorgenommenen Ausschluß einiger Mitglieder richteten, wurden mit allen gegen eine Stimme bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Die zur Verschmelzungsfrage vorliegenden Anträge wurden als durch die Aussprache erledigt erklärt.

Den Kommissionsbericht über die Statutenänderung erstattete der Kassierer Riedel vom Hauptvorstand. Er begründete die von der Kommission beschlossenen Kürzungsanträge bei den Unterstützungseinrichtungen des Verbandes mit der Feststellung, daß diese Kürzungen das Mindeste seien, was jetzt im Hinblick auf die finanziellen Verhältnisse der Organisation geschehen müsse. Mit Rücksicht auf die Gesamtlage sei es unbedingt notwendig, die Leistungsfähigkeit der Organisation für den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder zu erhalten. Darum dürfe der noch vorhandene Rest des Verbandsvermögens nicht voreilig aufgebraucht werden. Die Ausgaben seien so rasch wie möglich den Einnahmen anzupassen.

Bei allen Unterstützungszweigen wird künftig ganz allgemein die bisher in der Satzung vorgesehene Karenzzeit von 52 auf 65 Wochen ausgedehnt. Die Verlängerung der Karenzzeit tritt am 29. August und die Aenderung der übrigen Satzungsbestimmungen am 1. Oktober in Kraft. Doch soll für das vierte Quartal 1932 als Uebergang die Erwerbslosenunterstützung noch nach der Höhe des alten Beitrags zur Auszahlung kommen.

Für die Erwerbslosenunterstützung wurde einstimmig beschlossen, daß als täglicher Unterstützungssatz in Zukunft der einfache Wochenbeitrag zu gelten hat. Für die Unterstützung der Kurzarbeiter wurde beschlossen, daß sie bei einer wöchentlichen Arbeitsdauer unter 24 Stunden pro Woche für einen Tag, bei einer wöchentlichen Arbeitsdauer unter 15 Stunden pro Woche für zwei Tage Unterstützung erhalten sollen. Der Anspruch auf die Invalidenunterstützung wurde durch einstimmigen Beschluß davon abhängig gemacht, daß das Mitglied mindestens 780 Verbandsbeiträge oder nach dem 1. Oktober 1929 520 Beitragszuschläge geleistet hat. Die Unterstützung wird nicht gewährt, wenn der Invalide aus anderen Quellen ein Einkommen bezieht, das mehr als zwei Drittel des am Ort üblichen Lohnes seiner Branche beträgt. Der monatliche Grundbetrag der Invalidenunterstützung beträgt künftig je nach der Höhe des Hauptkassenbeitrags bei 780 Beiträgen zwischen 5 und 11 Mark, bei 1100 Beiträgen zwischen 6,50 und 12,50 Mark und bei 1500 Beiträgen zwischen 8 und 14 Mark. Die bisher schon unterstützten Invaliden sollen bei 700 bis 780 Beiträgen erhalten: Männer 7 Mark, Frauen 6 Mark, bei weniger als 700 Beiträgen Männer 5 und Frauen 4 Mark.

Einstimmig wurde beschlossen, auch arbeitslosen Berufsangehörigen die Möglichkeit des Beitritts zum Verband zu gewähren gegen die Entrichtung eines Wochenbeitrags von 5 Pfennig. Das Eintrittsgeld soll erst dann von ihnen erhoben werden, wenn sie wieder in Arbeit stehen. Hinsichtlich der Beitragshöhe wurde beschlossen, daß das Eintrittsgeld in den Beitragsklassen I bis IV auf 30 Pfennig, in den Beitragsklassen V bis X auf 60 Pfennig festzusetzen und die Lehrlinge vom Eintrittsgeld zu befreien. Die Beiträge selbst sollen bei Lehrlingen bis zum letzten Halbjahr der Lehre pro Woche 10 Pfennig, im letzten Halbjahr 30 Pfennig, bei Gehilfen, gestaffelt in 10 Beitragsklassen, von einem Stundenverdienst von 30 Pfennig ab mit 30 Pfennig, bis zu einem Stundenverdienst von 1,20 Mark mit 1,20 Mark pro Woche erhoben werden. Zur Erhaltung der Mitgliedschaft bei zeitweiser oder dauernder Aufgabe der Berufstätigkeit oder bei Aussteuerung wurden verschiedene Erleichterungen beschlossen. Neu geregelt wurden auch die Unterstützungssätze bei Streiks und Aussperrungen. Die Gehaltsausgaben des Verbandes werden um 32 Prozent gesenkt. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, der gegen die Bestrebungen zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht vom Verband schärfsten Kampf fordert.

Die Sattler haben mit ihrer Statutenänderung ihren Verband neu gesattelt. Stärkung der Kampfkraft, auch der finanziellen, ist dringend notwendig. Vom Staat hat die Arbeiterschaft keine Hilfe zu erwarten. Der staatliche Schlichtungsschutz soll ja, wenn es nach den Wünschen der Herrschaften geht, die den neuen politischen Kurs bestimmen, gründlichst abgebaut werden. Das Unternehmertum will den Arbeitern aufknien. Es will mit Löhnen, die nicht besser sind als die Wohlfahrtsunterstützung, die erwartete Wirtschaftsbelebung rücksichtslos zu seinem eigenen Vorteil ausnützen. Schwere Kämpfe stehen den Verbänden bevor. Wer in den Kampf gehen will, muß gesattelt haben.

Aushungerung der Allerärmsten

Die große Schuld der Hitlerbarone

Traurig, tieftraurig klingt der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt. Die Arbeitslosenziffer sinkt, aber die Arbeitslosigkeit steigt. Tausende und Abertausende kommen nicht mehr zu den Arbeitsämtern, weil ihnen die Notverordnung der Hitlerbarone den letzten Unterstützungsrest geraubt hat. So weit haben wir es gebracht im glorreichen Jahr 1932, im Jahr des großen Aufstiegs der Hitlerbewegung. Je höher Hitlers Stern steigt, desto tiefer der Absturz des Arbeitsmarktes, desto schlimmer wütet der Hunger im Land.

Ende Juli — so lautet der Bericht der Reichsanstalt für die zweite Julihälfte — betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen rund 5 393 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden rund 757 000, in der Krisenfürsorge 1 354 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. In den beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen wurden rund 2 111 000 Arbeitslose unterstützt. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug am gleichen Stichtag rund 2 224 000. Sie ist also seit Anfang Juli um rund 60 000 gestiegen. Doch ist zu berücksichtigen, daß die neuen Bestimmungen der Wohlfahrtshilfeverordnung, die eine Einschränkung dieses Personenkreises bringen, in der Berichtszeit noch keine Anwendung gefunden haben.

Seit Mitte Juli hat die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern um rund 99 000 abgenommen. Daraus könnte — rein zahlenmäßig gesehen — auf eine Besserung der Arbeitsmarktlage geschlossen werden. Tatsächlich ergaben zwar die saisonmäßigen Belebungserscheinungen in der Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erde und in einzelnen Gruppen des Spinnstoffgewerbes verstärkte Vermittlungsmöglichkeiten, doch kann der Rückgang der Arbeitslosenziffern während der Berichtszeit nicht allein aus diesen arbeitsmarktlichen Gründen erklärt werden. Vielmehr ist zu beachten, daß

infolge der Einführung der Hilfsbedürftigkeit als Unterstützungsvoraussetzung eine starke Senkung der Zahl der Unterstützungsempfänger eingetreten

ist; da nun erfahrungsgemäß ein Ausscheiden aus der Unterstützung in zahlreichen Fällen auch eine Nichterneuerung des Arbeitsgesuches zur Folge hat, wird hierauf ein großer Teil des zahlenmäßigen Rückganges zurückzuführen sein. Es kann daher für diese Berichtszeit aus der Bewegung der Arbeitslosenzahlen auch in den einzelnen Berufsgruppen kein lückenloses Bild von der Gestaltung des Arbeitsmarktes gewonnen werden. Unter gleichem Gesichtspunkt muß die Entwicklung der versicherungsmäßigen Unterstützungseinrichtungen betrachtet werden. Wenn sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der Berichtszeit um 117 000, in der Krisenfürsorge um 137 000 verringert hat, so ist diese Abnahme neben der Aussteuerung wegen Erschöpfung des Unterstützungsanspruchs auf die Nichtanerkennung der Hilfsbedürftigkeit zurückzuführen.

Auch der amtliche Bericht gibt also offen zu, daß der zahlenmäßigen Abnahme der Arbeitslosenziffer keinerlei arbeitsmarktpolitische Bedeutung zukommt. Der Rückgang der Arbeitslosenziffer ist lediglich

ein Ausdruck des Protestes gegen die Notverordnung der Hitlerbarone.

Die Arbeitslosen meiden die Arbeitsämter. Was sollen sie auch dort, wenn sie keine Unterstützung mehr bekommen? Warum sollen sie ihre Schuhsohlen noch opfern oder gar noch Fahrgeld ausgeben?

Wir schlagen vor, daß die Arbeitslosen, die keine Unterstützung mehr erhalten, wenigstens zur Meldung auf den Arbeitsämtern Freifahrt auf der Straßenbahn erhalten, damit sie sich wenigstens noch eine letzte Möglichkeit zu einer kleinen Aushilfearbeit und damit zu einem kleinen Verdienst sichern können. Man macht doch heute alles per Notverordnung. Also, bitte!

Binnen 14 Tagen sind also 100 000 Arbeitslose nicht mehr zu den Arbeitsämtern gekommen! Das ist die Arbeitslosenpolitik im neuen — im Hitlerkurs. Den Arbeitslosen nimmt man die Unterstützung und gibt man keine Arbeit! Nie sah es auf dem Arbeitsmarkt trostloser aus als in diesen Tagen. Wer will sich darüber wundern. Schließlich muß ja unter dem Druck des Terrors auch der letzte wirtschaftliche Impuls erstickt werden.

Hoffnung auf Arbeit?

Es geht scheinbar in der Weltwirtschaft aufwärts

25 Millionen Arbeitslose warten in der kapitalistischen Welt darauf, wieder in Brot zu kommen. Es sieht so aus, als ob diese Hoffnungen Aussicht hätten, in absehbarer Zeit erfüllt zu werden. Es geht ein optimistischer Zug durch die ganze kapitalistische Welt und es sind auch Zeichen der Besserung vorhanden.

Es liegt uns ein Bericht der in der internationalen Finanzwelt sehr geachteten Bank Guyerzeller A. G. in Zürich vor; in diesem Bericht heißt es: „Es bestehen heute deutliche Anzeichen, daß der Tiefpunkt der internationalen Wirtschaft zur Vertrauenskrisis überwunden ist und daß die Wirtschaft, allerdings zögernd, in einen Gesundungsprozeß eintritt. . . . Der Weg ist noch lang und beschwerlich, aber wenigstens die unterste Strecke scheint heute überwunden zu sein." Der Bericht der Guyerzeller-Bank nennt als große Ursache des eingetretenen Umschwunges die Tatsache, daß nach der Lausanner Konferenz es praktisch keine Reparationsfragen mehr gibt, daß die Abrüstungskonferenz einfach wegen der zwingenden Notwendigkeit von Einsparungen zu einem Erfolge führen wird und daß in der ganzen kapitalistischen Welt die Lagerhaltung auf einem so tiefen Stande angekommen ist, daß die nun schon seit Monaten vorliegende Preisstabilisierung der Rohstoffe zur Auffüllung der Läger anreizen muß. Auch die Prognose eines so angesehenen Bankinstituts wie dieser Züricher Bank braucht noch nicht viel zu bedeuten. Aber die Welt der wirtschaftlichen Tatsachen gibt dieser Vorhersage je länger desto stärker Recht.

Es sieht jetzt so aus, als ob nicht restlos alles, was an ermunternden Meldungen aus Amerika kommt, nur auf Konto des Feldzuges für Hoovers Präsidentenwahl zu setzen ist. Bis vor vierzehn Tagen war jedes Ausmaß von Skepsis gegenüber dem in Amerika gezüchteten Wirtschaftsoptimismus berechtigt, denn in der Tat hat die amerikanische Hoover-Regierung, die seinerzeit noch mitten im schwersten Krisenzusammenbruch den Prosperitywahn gepflegt hatte, die großzügigsten Anstrengungen gemacht, um mit künstlichen Mitteln die Depression zu überwinden. Bis vor vierzehn Tagen waren alle Kreditausweiterungsversuche noch unwirksam gewesen. Jetzt aber treffen die Maßnahmen der amerikanischen Regierung ganz offenbar mit wirtschaftlichen Aufstiegstatsachen zusammen und es besteht die Aussicht, daß die zunächst nur künstlichen Maßnahmen sich jetzt in einer Förderung natürlicher Besserungstendenzen auszuwirken beginnen.

Wir wollen die neuen Tatsachen aufzählen: Auf der Newyorker Börse hält der Anstieg der Kurse unvermindert an. Die Kurssteigerungen sind sensationell. In vier Wochen sind die wichtigsten Aktienkurse im Durchschnitt um 100 Prozent gestiegen. Zum Teil sind innerhalb acht Tagen Kurssteigerungen um 100 Prozent eingetreten. Auf dem Markt der festverzinslichen Papiere ist die Nachfrage ebenfalls enorm. Die Umsätze an der Newyorker Börse sind gegenwärtig täglich so groß, wie sonst vor kurzer Zeit in einem und zwei Monaten zusammen. Dabei ist diese Kurssteigerung keine inneramerikanische Angelegenheit. Käufer sind in allererster Linie große europäische Banken, die natürlich Kursgewinne machen wollen, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß man in diesen Finanzkreisen optimistisch gestimmt ist und [illegible] keine Zukunft mehr [illegible]. Die deutschen Dollaranleihen haben ihre Kurse ebenfalls [illegible] erhöht. Während die siebenprozentigen am 28. Mai in Newyork nur 27,7 Prozent notierten und am 23. Juli schon 43,7 Prozent, waren sie am 6. August auf 47,7 Prozent gestiegen. Die 6½prozentigen deutschen Dollaranleihen haben ihre Kurse vom 28. Mai bis zum 6. August von 21,7 auf 38,7 Prozent verbessert, also ebenfalls beinahe verdoppelt. Die Haussetendenz beschränkt sich nicht nur auf die Newyorker Börse, sondern sie hat auf sämtliche europäischen Börsen übergegriffen, wenn auch nicht in so starkem Umfang. Aber in Amsterdam erhöhte sich das Kursniveau innerhalb 14 Tagen um 20 Prozent. Und wenn die anderen Europa-Börsen auch nur zögernd folgen, London in 14 Tagen beispielsweise mit zehn Prozent, so ist die allgemein feste Tendenz doch unverkennbar.

Vorgänge auf den Wertpapierbörsen müssen, wenn die Hausse kein Strohfeuer sein soll, Vorgängen in der Warenwirtschaft entsprechen und dem ist in der Tat so. Auf den großen Rohstoffmärkten der Welt war es schon seit Monaten zu einem Aufhören der Preissenkung und zu einer Stabilisierung der Preise gekommen. Seit 14 Tagen ist eine deutliche Preissteigerung bei wichtigen Rohstoffen festgestellt. Die Preise für Kupfer, Kautschuk sind gestiegen und steigen noch; Weizen und Roggen haben empfindlich im Preise angezogen; ebenso Hafer und Mais und in den letzten Tagen war die Entwicklung der Baumwollpreise in Newyork geradezu sensationell. Dazu kam die neueste amerikanische Ernteschätzung, die erheblich unter früheren Schätzungen lag und gegenüber einer Normalernte einen Ausfall von mehr als 30 Prozent verspricht. Die schlechte Laune der Wettermacher treibt also ebenfalls die Preise.

Auf der anderen Seite ist freilich nicht zu verkennen, daß die amerikanischen Finanzmaßnahmen die Haussetendenz auf den Wertpapier- und Warenbörsen sehr stark fördern. Neben den zahlreichen Maßnahmen der Kreditausweitung (zwei Milliarden Dollar Kredite für schwache Wirtschaftszweige, größere Ausgabe von Notenkrediten, direkter Ankauf von Handelswechseln durch Notenbanken) wird der Warenmarkt systematisch gestützt. 50 Millionen Dollar Kredite werden der Industrie zur Auffüllung der Rohstofflager zur Verfügung gestellt, mit 30 Millionen Dollar soll ein Weizenpool gebildet werden, ein großer Kredit der Wiederaufbaubank (Reconstruction Corp.) soll die Bildung eines Baumwollpools fördern, und sehr große Beträge werden jetzt von neuem für öffentliche Arbeiten zur Verfügung gestellt. Dem Nahrungsmittelgewerbe und den Mühlen sind Kredite eröffnet worden, um landwirtschaftliche Produkte schneller umzusetzen, und die Baumwollbestände aus früheren Jahren — nicht weniger als 13 Millionen Ballen — hofft man bis August 1933 bis auf 150 000 Ballen dadurch zu verringern, daß über 600 000 Ballen auf den offenen Markt geleitet und 500 000 Ballen durch Vermittlung des Roten Kreuzes der Wohlfahrtsfürsorge für die Arbeitslosen zugeleitet werden.

Es ist zu wünschen, daß die im Augenblick durchaus berechtigten Erwartungen auf eine Besserung der Weltkonjunktur sich auch auf die Dauer erfüllen. Es gibt keine Krise, die bis ans Unendliche dauern kann. Die arbeitende und jetzt mit [illegible] von Millionen Händen feiernde Welt wartet auf diese Besserung. Die Erfahrungen der letzten Jahre waren so schwer und bedrückend, daß sicher niemand bei den ersten Besserungszeichen den Himmel voller [illegible] sehen wird. Aber wenn auch die Besserung nur eine allmähliche sein wird, die ganze Welt wird dankbar sein, wenn der Umschwung endlich kommt.

Schlechte wirtschaftliche Erfahrungen mit dem freiwilligen Arbeitsdienst

Der Bezirkskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst und Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen, Dr. Engler, veröffentlicht in den Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. Main einige bemerkenswerte Erfahrungen, die er im Arbeitsdienst gemacht hat. Engler beleuchtet vor allem die wirtschaftliche Seite des Dienstes. Er betont, Gemeinden und Staat versuchten, auf Kosten der Reichsanstalt Arbeiten mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes durchzuführen, die sie eigentlich selbst zu erledigen hätten. Die Folge sei, daß Gemeinden und Länder entlastet, Reich und Reichsanstalt dagegen belastet werden. Tiefbauunternehmen würden stillgelegt, die geübten Flußbau- und Waldarbeiter würden entlassen, an ihre Stelle träten Jugendliche, die an diese Arbeit nicht gewöhnt seien, und schließlich werde immer wieder aus der öffentlichen Hand — nur aus anderen Kassen — ebenso viel oder noch mehr bezahlt, wie bei regelrechtem Gang der Dinge bezahlt worden wäre.

Die tatsächliche Arbeitsstunde, führt Engler weiter aus, sei mit 52 bis 35 Pfennig zu veranschlagen, während in ländlichen Gebieten der Tiefbauarbeiterlohn 42 bis 52 Pfennig, für ungeübte 10 Prozent weniger, betrage. Bei diesen Löhnen könnten die Gemeinden die Arbeiten ebenso billig als Notstandsarbeiten ausführen lassen, wobei sie verheiratete Arbeiter berücksichtigen könnten. So wichtig es sei, der Jugend Arbeit und Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, so wichtig sei es auch, den Ernährern der Familie Arbeit zu geben. Es bestehe sonst die Gefahr, daß, um eine Wunde zu schließen, eine andere viel gefährlichere aufgerissen werde.

Die Mängel, die sich aus der Arbeitslosigkeit für die Jugend hinsichtlich der Berufsausbildung ergeben, können nach Englers Auffassung durch den Arbeitsdienst nicht beseitigt werden. Hier würden die Unterrichtskurse für die Berufsausbildung wesentlich mehr leisten. Alles in allem könne der Arbeitsdienst nur als eine ausgesprochene Notmaßnahme vorübergehend gutes stiften.

Auch aus Köln kommen sehr kritische Stimmen. So wird in einer Zuschrift an die „Kölnische Zeitung" hervorgehoben, daß bei so mancher Arbeit des Dienstes sowohl der Zweck wie die Art der Durchführung beanstandet werden müsse. Die Arbeit im FAD. sei auch in so manchem Fall in der Endwirkung nicht billiger, sondern teurer als eine Unternehmerarbeit.

Der Wohnungsbau 1932

Im ersten Halbjahr 1932 wurden in den 317 preußischen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und rund 52 Prozent der preußischen Wohnbevölkerung nur 17 007 Wohnungsbauerlaubnisse erteilt, nur 14 127 Wohnungsbaubeginne festgestellt und nur 18 325 Wohnungen fertiggestellt. [illegible] ist bei den Bauerlaubnissen und Baubeginnen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein Rückgang um 46,2 und bei der Fertigstellung von Wohnungen ein Rückgang von 53,3 Prozent!